

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislise für 1885 unter Nr. 746.)

**Insertionsgebühren**  
beträgt für die 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

### zur Wohnungsfrage.

Gewöhnlich wird angenommen, die sogenannte Wohnungsnoth käme nur in großen Städten vor. Man weist auf die Ziebtage hin, wo es mancher armen Familie nicht gelingt, überhaupt eine Wohnung zu erlangen, die sich dann in polizeiliche Schutzhaft begeben muß; man entwirft düstere Schilderungen von den Pennbrüchern, von den Logirhäusern, von den Miethsalasernen und den Kellerwohnungen.

Beweis ist die Wohnungsnoth in den großen Städten manchmal in einer ungemein hohen und Trauer erregenden Weise vorhanden, aber glaube man nicht, daß dies in großen Städten allein so sei.

Wohl weisen die Konservativen, die Vertreter der Landbevölkerung, in ihren Mäthern fortwährend auf die Wohnungsnoth in den großen Städten hin, die sie als eine Folge der modernen Gesehgebung, der Freizügigkeit, hinzustellen versuchen, ja sie weisen darauf hin, um dadurch die Aufmerksamkeit auf dem Lande, welches dort nicht geringer zu verdeden.

Dort müssen die Strohhausen und Scheunen die sogenannten Pennen ersetzen und die Arbeiterkolonien mit ihren großen Schlafsälen treten an Stelle der städtischen Logirhäuser und Asyle für Obdachlose. Und anstatt der Miethsalasernen und Kellerwohnungen finden wir auf dem Lande zahlreiche Lehmhütten, an denen gedöhtes Papier die Fenster Scheiben ersetzt, in welchen ein fortwährender Torfrauch herrscht und durch deren Dächer und Wände Wind und Regen eindringen.

Wer sie noch nicht gesehen hat, die Häuser und Häuschen in den Provinzen Ost- und Westpreußen, in Posen und zum Theil auch in Schlesien, wer die Hütchen am Erzgebirge und im Thüringer Walde noch nicht betreten hat, der kann sich kaum von der Wohnungsnoth auf dem Lande einen Begriff machen.

Aber, so wird uns der Bertheidiger des flachen Landes entgegenrufen, die Leute auf dem Lande leben wenigstens nicht so zusammengedrängt, wie die in den großen Städten; Gesundheit und Moralität leiden nicht so viel, als bei der Ueberfüllung in den einzelnen Häusern.

Auf den ersten Blick scheint dieser Einwurf auf Wahrheit zu beruhen, wenn man aber näher der Sache auf den Grund geht, so hält dieser Einwurf nicht Stich. Was die Gesundheit betrifft, so finden wir in den ländlichen Wohnungen noch mehr Unreinlichkeit, als in den städtischen, allerlei Gethier (Hühner, Ziegen, selbst ein Schwein) theilt überdies die Wohnung mit den Menschen, und wie gesagt leben die Menschen, da von einem ordentlichen Ofen selten die Rede ist, fortwährend in athemraubendem Torqualm,

wozu dann noch das oben angeedeutete Eindringen von Wind und Regen sich gesellt.

Der ärmere Theil der Landbevölkerung macht deshalb auch ebenso wie der in den Städten einen kläglichen Eindruck. Besonders sind Augentrantheiten, eben durch die ungesunden Wohnungen erzeugt, auf dem Lande noch viel häufiger, als in den Städten.

Was aber nun die Moralität anbelangt, so sei zunächst betont, daß auch die kleinen ländlichen Hütchen meist zwei bis drei Familien beherbergen, die in völlig ungenirtter Weise mit einander verkehren.

Daß dem so ist, geht daraus hervor, daß in den überwiegend ackerbaureibenden Provinzen des Königreichs Preußen mit geringer Städtebevölkerung mehr uneheliche Kinder geboren werden, als in den Provinzen mit zahlreicheren Städten und besser situirter Bevölkerung. So fallen in Hessen-Nassau nur 5,60 uneheliche Kinder auf 100 Geburten, in Rheinland nur 3,27 und in Westfalen gar nur 2,64; in Ostpreußen aber 9,92, in Brandenburg (ohne Berlin) 10,15 und in Pommern gar 10,50. In Berlin selbst werden auf 100 Kinder 13,46 unehelich geboren.

Daß in großen Städten, besonders in Weltstädten, wie Berlin, das Verhältnis ungünstig steht, daß dazu auch das Wohnungselend beiträgt, kann nicht geleugnet werden, aber es kommen hier noch viele andere Umstände hinzu, die wir nicht aufzählen wollen und die auf dem platten Lande fehlen, welche ein solches Verhältnis mitbedingen.

Auf dem Lande aber wirkt in der That unter der ländlichen Bevölkerung außer der allgemeinen Noth grade die Wohnungsnoth auf die Moralität, wie man aus den oben angegebenen statistischen Notizen ersieht kann.

Aber die Wohnungsnoth erstreckt sich nicht nur auf die großen Städte und die ärmere Landbevölkerung, sondern ganz Deutschland leidet an einer beständigen Wohnungsnoth, im Vergleich wenigstens zu Frankreich und England.

In Deutschland kommen nach einer Zählung aus dem Jahre 1881 im Durchschnitt auf eine englische Quadratmeile 27 Wohngebäude mit 216 Einwohnern, in England 83 Wohngebäude mit 446 Einwohnern und in Frankreich 37 Wohngebäude mit 185 Einwohnern.

Das macht in Deutschland auf das Wohngebäude im Durchschnitt 8 Bewohner, in England etwas über 5, und in Frankreich fällt ein Wohnhaus auf 5 Personen.

Wie aber kann die Wohnungsfrage zu Gunsten unseres Vaterlandes und besonders zu Gunsten der ärmeren Bevölkerung gelöst werden?

Der Vorschlag fand ungetheilten Beifall.

„Du hast Recht, Red!“ rief der Rothhaarige entzückt. „Ein paar von Euch stellen sich ihnen entgegen, ich falle ihnen in den Rücken und drücke ihnen von hinten die Kehle zu. . . . Keiner von denen, die sich zu uns hereinwagen, soll mit dem Leben davonkommen — Keiner!“

Die Stimmung der Gefangenen war eine außerordentlich gehobene. Die Aussicht auf die so lange zurückgedrängte Rache schien sie mit außerordentlichem Vergnügen zu erfüllen. Der nächste Tag war für die Ausführung bestimmt; heute war es noch nöthig, Garrick die nöthigen Instruktionen zu ertheilen.

Geoffrey und seine Genossen sahen sich am folgenden Tage sehr geträufelt. Der Doktor Kobenburg erschien nicht. Friz hatte sich am Morgen dieses Tages zu seinem Chefarzt begeben und denselben um zwei Tage Urlaub gebeten. Mr. Gesserson konnte ihm seine Bitte nicht abschlagen, wiewohl er ihn ungern auch nur einen Tag in der Anstalt entbehrt.

„Ich vermüthe,“ sagte er, „daß Sie Ihren Bathen, Herrn Habicht, und Ihren Freund, den Grafen W'Donuil zu besuchen beabsichtigen, und ich habe ja versprochen, zu diesem Zwecke Ihnen einen Urlaub nicht zu verweigern.“

„Ich beabsichtige nicht das Schloß W'Donuil zu besuchen,“ antwortete Friz, „meine Reise ist nicht ohne Beziehung zu dem Interesse der Anstalt, Mr. Gesserson. . . . Verschiedene Andeutungen, die ich vor einigen Tagen erhielt, haben in mir die leise Hoffnung erweckt, über Miss Elly's frühere Schicksale und ihre Verwandten Nachricht zu erhalten. . . . Ich halte es für die Pflicht eines Anstaltsarztes, das Wohl seiner Patienten im Auge zu haben nicht nur für die Dauer, daß sie hier in der Anstalt sind, sondern auch für ihre Lebenszeit. . . . Das Schicksal des unglücklichen Mädchens rührt mich tief, so daß ich fühle, ich werde nicht Ruhe haben, bis ich Alles gethan, was ich zu einer glücklichen Entscheidung ihres traurigen Looses beitragen kann.“

„Ich will Ihnen auch zu diesem Zwecke den Urlaub nicht verweigern,“ erwiderte Mr. Gesserson, „wiewohl ich

Nur dadurch, daß der allgemeine Wohlstand gehoben wird, nur dadurch, daß die deutsche Nation, vertreten durch die Gesehgebung, nicht fortwährend einzelne Klassen der Bevölkerung bevorzugt, sondern der G e s a m m t h e i t dient.

### Politische Uebersicht.

Die Petitionskommission des Reichstages hat sich mit einer Anzahl Petitionen beschäftigt, von denen einige ein allgemeineres Interesse beanspruchen können. — Es kommt in der Wahlprüfungskommission nicht selten vor, daß durch glaubwürdige Zeugnisse nachgewiesen wird, daß mehr Personen Stimmpapier für einen bestimmten Kandidaten abgegeben haben, als sich dann in der Urne vorfinden. Nun liegt eine Petition von 78 Wählern eines Dorfes im Gubener Wahlkreise vor, welche erklären, daß sie bei der letzten Wahl Petier für Regler abgegeben haben, trotzdem dann nur 50 Stimmen für Regler konstatirt worden. Sie hätten sich bereits an den Staatsanwalt gewendet, seien aber abgewiesen worden. Die Kommission erachtete die Petition für ungeeignet zur Berücksichtigung im Plenum, weil der Instanzenweg noch nicht erschöpft sei. — Wir sind der Meinung, daß die Petitionskommission alle Ursache hat, derartige Petitionen zu berücksichtigen. Es dürfte doch nicht so schwer halten in solchen Fällen festzustellen, ob eine Wahlfälschung vorliegt oder nicht. Und ganz besonders hätte die Staatsanwaltschaft Veranlassung, sich der Sache anzunehmen, da das Strafgesetzbuch den ewigen Fälschern schwere Strafen androht. Der deutsche Reichstag soll das Volk im Kleinen repräsentiren, seine Ansichten und Handlungen sollen im Einklang mit denen des deutschen Volkes sein; ein solches Verhältnis kann aber nur obwalten, wenn seine Mitglieder aus freiem Antriebe und auf geradem Wege die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Es liegt sowohl im Interesse der Abgeordneten als auch der Wähler, daß das Ansehen des Reichstages durch nichts getrübt wird und daher wäre es gewiß am Plage, wenn eine gründliche Untersuchung der von den Petenten erwähnten Punkte stattfinden würde.

Der polnische Reisende Rogozinski, welcher in neuerer Zeit in der Kamerun-Affaire so viel genannt wird, hat nach Privatbriefen, die von ihm in Warschau eingetroffen sind, die Absicht, in Afrika eine Dampf-Dehsabrik einzurichten. Die Menge der zu dieser Fabrikation geeigneten Gewächse, sowie die mangelhafte, durch die dortigen Bewohner geübte Art, das Del zu gewinnen, haben ihm den Gedanken dieses Unternehmens, welches bedeutende Vorteile verspricht, aufgedrängt. Die Fabrik soll in der Nähe des Meeresufers errichtet werden. Bevor jedoch Rogozinski dieses Projekt realisiren wird, beabsichtigt er, in der ersten Hälfte dieses Jahres seine Heimath, Warschau, zu besuchen (1) — Mittlerweile berichtet ein Privattelegramm, daß der Warschauer „Kurier“ das Gerücht verbreitet, die deutschen Behörden in Kamerun hätten den Herrn Rogozinski verhaftet. (1)

Zur Dampfer-Subvention. Von der Deutschen Dampfschiffs-Rhederei zu Hamburg ist dem Reichs-

Ihnen im Voraus sagen kann, daß Ihre Bemühungen ohne Erfolg sein werden. Wie ich Ihnen bereits erzählte, habe ich ja selbst Schritte gethan, ihre Verwandten zu ermitteln; mich trieb dasselbe Pflichtgefühl, was Sie treibt; allein ich habe auch nicht die geringste Spur von ihren Verwandten auffinden können und von dem Geheimniß, das über ihre Vergangenheit waltet, nichts zu lösen vermocht.“

„Ihre Thätigkeit ist hier allzusehr in Anspruch genommen, Mr. Gesserson, als daß Sie Zeit und Mühe opfern dürften für Dinge, welche nicht unmittelbar mit Ihrem Amte und Ihrer Pflicht im Zusammenhange stehen; auch hat Ihr Herz schwerlich so lebhafteste Theilnahme gefühlt für Miss Elly, wie das meinige, denn unsere Ansichten über ihren Zustand gehen ja auseinander. . . . Sie halten ihre schmerzvolle Sehnsucht nach Freiheit für Wahnsinn; Sie halten ihre dunklen Erinnerungen an eine glückliche Vergangenheit im Arme einer liebenden Mutter für Ausgebirten einer krankhaften Phantasie. . . . Ich halte diese Reminiszenzen für wahre Begebenheiten und finde ihre Sehnsucht nach Freiheit, nach dem liebenden Herzen der Mutter, so natürlich, daß ein ganz gesundes Wesen, das Jahre lang hier zurückgehalten wurde, seines Gefühle nicht anders äußern konnte. Wie oft habe ich sie in Thränen gefunden; still ergeben weinte sie für sich hin. . . . Das ist kein Wahnsinn, Mr. Gesserson, das ist Jedem, der ihr von Befreiung spricht, ein williges Ohr leicht. Wer mag sich darüber wundern! Sie hat ja hier keine anderen Freunde als Wahnsinnige, und der lange Aufenthalt unter Geisteskranken hat sie gewöhnt, deren Reden und Aeußerungen anzuhören, als ob sie von ganz Geistesgesunden und ihr gleich berechtigten Wesen kämen. . . . Zu verwundern ist's nur, daß sie bei dem langen Aufenthalt unter Wahnsinnigen nicht bereits wahnsinnig geworden ist.“

„Ich denke, Sie werden sich mit der Zeit schon überzeugen, daß Ihre Ansicht eine unrichtige ist,“ erwiderte Gesserson. „Was die Schritte betrifft, welche Sie zu thun beabsichtigen, so kann ich dieselben nur billigen, sie machen Ihrem theilnehmenden Herzen und Ihrem Pflichtgefühl alle

### Feuilleton.

### Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dug.  
(Fortsetzung.)

Welche Absicht Geoffrey damit hatte, das sollte die Folge lehren.

Die Gefangenen hatten dieses Manöver so schlau gemacht, daß es den Wärtern gänzlich entgangen war. Während die Wärter und Friz mit ihnen auf dem Hofe auf- und abgingen, hatten sie zum Suchen der Steine immer den Moment benützt, wo sie ihnen den Rücken wandten.

„Nun gebt Acht!“ flüsterte Geoffrey seinen Gefährten zu. „Ich werde sorgen, daß die Wärter uns nicht fassen. Der Spion wird zu uns herein kommen; zwei oder drei Wärter werden ihn begleiten. Wir werden ihn sicher machen, daß sich Niemand rührt, daß Niemand ihm ein Haar krümmt. . . . Ich erzähle Euch Geschichten während er mit Garrick spricht. Wenn ich sage: „Der Tiger erwürgt seine Peiniger!“ dann ist der rechte Moment da. Bei diesen Worten stürzt Ihr Alle auf ihn, Alle zusammen. Die Wärter werden nicht hindurchbringen, und bis sie hindurchgedrungen sind, habe ich ihn erwürgt, dann mögen sie ihn hinaustragen. — Man wird uns einige Tage in die Belle sperren. Was thut's? Wir haben einen Spion umgebracht! . . . Hört Ihr's, Kanailles? — Wehe dem Ungehorsamen!“

„Aber wenn die anderen Wärter zu Hilfe kommen?“ fragte der Rothhaarige, dessen zerbrochenes Nasenbein ihn nicht hinderte, wieder an dem Aufenthalt im Freien theilzunehmen.

„Dummkopf!“ rief Geoffrey, „sagte ich Dir nicht, daß ich dafür sorgen werde, daß die anderen Wärter nicht zu Hilfe kommen? Diejenigen, welche den Doktor begleiten, werden wir schon zurückhalten, die anderen aber werden nicht hereinkommen, dafür werde ich schon sorgen.“

„Wie wärs, wenn wir die Wärter, welche mit herein-

in diesem  
zur 20  
Berein  
denn  
ngenom  
völkere  
19. d  
tenstraße  
8 ab.  
sag des  
— Dieser  
glieber  
Btritt.

in.  
brifliche  
r Bern

istlichen  
Lebensj  
ung des  
ob die  
se Wab  
limentat  
erausgä  
zur  
hsoertr

unter 3

hon 3

chneid

Januar  
86. Gl  
die Sch  
umg  
us. We  
Zaub  
Reich

chbin

noffen  
obst

mission  
is der

urch ein

Der Bon

die Zent

r Frauen

3 Tr. H  
Abend

: Nicht

Schw. A  
Ratiann  
Z. D.:  
schieden  
Der B  
Zimmer

12 Mk  
2-6  
ausgef  
st.

z!!

50 Pf.  
Alexan

Tr. bei

AR!

terre  
erweid  
berabge

ldwaren  
on. W  
chen Kä  
geru

lage ein zweites Memorandum, betreffend eine nach Ostasien zu errichtende subventionirte Postdampfschiffslinie überreicht worden. Es wird in demselben betont, daß der Standpunkt der Reichsregierung in Bezug auf die Ansprüche an die zu subventionirenden Linien seit Mai 1884 ein wesentlich anderer geworden sei. Statt der damals geforderten neuen, auf deutschen Werften, aus deutschem Material gebauten Dampfer, welche mit einer Geschwindigkeit von 13-14 Knoten fahren müßten, habe der Reichskommissar in einer der letzten Sitzungen der Kommission erklärt, daß auch ältere, auf auswärtigen Werften gebaute Schiffe mit 11 bis 11 1/2 Knoten Durchschnittsgeschwindigkeit zur Konfurrenz zugelassen werden sollten. Das seien Leistungen, welche die Schiffe der Deutschen Dampfschiff-Rhederei vollkommen böten, wozu also Schiffe des Norddeutschen Lloyd nicht herangezogen zu werden brauchten. Nach 12jähriger Arbeit sei eine regelmäßige direkte Verbindung mit Ostasien, China und Japan hergestellt, die den gestellten Ansprüchen genüge. Der Schluß des Memorandums lautet: „Bei der in Aussicht stehenden Ungewißheit möchten wir einem hohen Reichstage anheimgeben, der Deutschen Dampfschiff-Rhederei zu Hamburg, welche sich von kleinen Anfängen zu einer regelmäßigen Wöchentlichen Fahrt nach Ostasien hinaufgearbeitet hat, ferner, und zwar ohne Subvention, zu überlassen, mit dem wachsenden Verkehrsbedürfniß ihre Beförderungsmittel entsprechend zu vermehren und das Feld ihrer Thätigkeit zur Förderung deutscher Industrie und deutschen Handels weiter auszubauen.“

**Frankfurt a. M.** Schon am Mittwoch, am Tage nach dem Morde des Dr. Kumpff, sollen — so schreibt die „Frankf. Ztg.“ — Kriminal-Polizei-Beamte von Berlin hierher gekommen sein; ein Reisender will in dem Zuge, mit welchem er an dem bezeichneten Tage gekommen, 42 dieser Beamten gezählt haben. Diejenigen Einwohnern sind fremde Polizeibeamte in den Straßen unserer Stadt aufgefallen. — In Folge der Aufforderung des Herrn Polizeipräsidenten von Hergenbath sind der Polizeibehörde verschiedene Wahrnehmungen, welche zur Aufklärung des Mörders des Polizeiraths Dr. Kumpff beitragen können, zugegangen. Sehr wichtig erscheint unter Anderem folgende Mittheilung. Am Tage vor der That, als der Ermordete sein Bureau im Clestin Hofe verlassen hatte, gestellte sich auf dem Heimwege ein Bekannter zu ihm, der jedenfalls in der Nähe des Sachsenlagers wohnte, und begleitete ihn nach Hause. Am Gartenthore angelangt, bemerkte der Begleiter, wie ein Mensch aus der nach dem Hintergarten des Hauses führenden kleinen, hölzernen Thüre trat und eilig das Gartenthor zu gewinnen suchte. Hastig ging er an den beiden Herren vorüber und verschwand in der Dunkelheit. Dem Begleiter des Dr. Kumpff kam der Mensch so sehr verdächtig vor, daß er dem Eiferen seine Beforgnisse nicht verhehlte. Herr Dr. Kumpff lächelte darüber, wie er bei Warnungen immer zu thun pflegte, verabschiedete sich und ging in sein Haus. Um vierundzwanzig Stunden später die Nordthat passirte, erzählte der Herr dieses Ereigniß seinen Freunden und Bekannten; doch ist es bis heute der Polizeibehörde noch nicht gelungen, den Begleiter des Ermordeten, der möglicherweise über das Signalement des Unbekannten, den man mit der Nordthat in Verbindung bringen zu sollen glaubt, Aufschlüsse geben kann, in Erfahrung zu bringen. — Die telegraphische Mittheilung der „Münch. N. N.“ über eine Verhaftung in Stuttgart ist doch richtig. Ein angesehener Kaufmann F. aus Göttingen schreibt, daß er am 14. Morgens 2 1/2 Uhr, bei seiner Ankunft in Stuttgart als der „Mittentäter von Frankfurt a. M.“ angesehen wurde, weil des vom hiesigen Polizeipräsidium verbeitete Signalement auf ihn „ganz paßt“ und er auch zufällig direkt von Frankfurt kam. Obwohl er Paz und alles Nöthige zum Ausweise bei sich hatte und die Polizei hat, seinen Vetter und „Duzende Bekannte“ rufen zu lassen, wurde er doch erst um 8 Uhr entlassen. — In Mainz wurden nach dem „M. N.“ in vergangener Nacht sämtliche Herbergen revidirt, da man in Frankfurt Anlaß zu der Vermuthung hat, daß der Mörder seinen Rückzug über Mainz genommen. Bisher blieben die Nachforschungen erfolglos. In Wiesbaden ferner wurde gestern Vormittag ein Bewohner Kastels aus gleichem Verdachte festgenommen, als er aber sein Alibi nachgewiesen, wieder entlassen.

**Aus München** wird der „Frankl. Tagespost“ geschrieben: „Durch die Zeitungen ging jüngst die Notiz, daß vor dem Hause und in ein Zimmer eines Stadtwirks über dem Schlafzimmer des Reichstagsabgeordneten Vierter geschossen worden ist. Ich halte es für die Pflicht der Presse, die Attentatsanstiftung nicht noch durch Sensationsnachrichten zu vermehren. Am Spätesten fiel zum ersten Mal ein Schuß, bekanntlich ist es einer der beliebtesten Neujahrsscherze, Pulver zu verknallen. Das am nächsten Tage thatsächlich ein Revolverkugel im oberen Stadtwirk einfiel, ist wohl darauf zurückzuführen, daß in den benachbarten Hilaranlagen sich die edlen Jubaliter zahlreich umhertreiben, und ein solches Individuum hat allem Anschein nach die Lumperei verübt. Einen politischen Charakter trägt der Streich selbstverständlich nicht, da hier die politischen Parteiverhältnisse nicht so scharf akzentuirt sind, um zu dieser Ereignissen Veranlassung zu geben. Der so sehr bekannte Vollmar

Ehre. Ich gebe Ihnen also bis übermorgen Urlaub und stelle Ihnen mein Reitpferd zur Verfügung. —

Eine Stunde später verließ Fritz Bethesda und ritt das Plateau hinab nach Inverness zu. Er hielt sich indeß in der Stadt nicht auf; sein kurzer Urlaub gestattete ihm keine häufigen und langen Rastzeiten. Das Pferd des Dr. Jefferson besaß Kraft und Ausdauer genug, um ihn bis an den Flecken Westinn, der an das Gebiet von Davistown grenzte, zu tragen.

Da hatte vor zwölf Jahren der Sherif gelebt, welcher jenem vornehmen Herrn attestirt hatte, daß er bei völliger Zurechnungs- und Dispositionsfähigkeit sein Kind unter dem Namen „Ely“ der Anstalt Bethesda überwiefen und in seiner Gegenwart Dr. Garrid beauftragt habe, dieses sein Vorhaben auszuführen.

Das Amtshaus lag in der Mitte des Fleckens auf einem freien Platz, der, wenn er gepflastert und nicht mit Bäumen bewachsen wäre, wohl für einen Marktplay hätte gelten können. An einen der Bäume neben der Freitreppe, die zu dem Amtshause hinaufführte, band Fritz sein Pferd und betrat die Amtsstube.

Zwei Schreiber saßen dort, von denen der eine, ein ganz junger Mann, vielleicht erst ein Neuling in seinem Beruf, der andere schon ziemlich bejahrt war. Dieser trug einen mächtigen, grünen Augenschirm, der sein faltenreiches Gesicht bis auf den Mund herab beschattete, und über beide Aermel des sehr sadenscheinigen Rockes hatte er er zum Schutze Leinwandhüllen gestreift, deren Farbe trotz des langen Gebrauchs noch nicht ganz so verloschen, ganz unkenntlich war, als die des Rockes, welchen sie schützen sollten. An ihn wandte sich Rodenburg.

„Mein Herr!“ sagte er, „ich wünsche den Sherif zu sprechen.“

„Das geht nicht an, Sir!“ antwortete der Mann, indem er seinen Kopf tief in den Nacken beugte, um unter dem Schirm hervor den Sprecher ansehen zu können. „Der Herr Sherif ist heute einer Inventuraufnahme wegen nach Inverness gefahren.“

„Das bedauere ich sehr,“ erwiderte Fritz, „um so mehr

ist ja auch unbehelligt geblieben, mit dem man als dem Sieger in München II. doch weit eher ein Hüfnchen zu pflücken hätte.“

**Aus Sachsen.** In diesem Jahre tritt der sächsische Landtag wieder zusammen und es haben vorher, jedenfalls im August oder September, Ergänzungsarbeiten dazu stattgefunden. Sachsen hat zweijährige Etatsperioden und es scheidet alle zwei Jahre ein Drittel der 80 Abgeordnete der zweiten Kammer aus. Es sind in diesem Jahre an Stelle der ausscheidenden und der mit Tode abgezogenen Kammermitglieder 30 Abgeordnete zu wählen und es kommen dabei 17 Sitze der Konservativen, 6 der Nationalliberalen, 5 der alten Fortschrittler und 2 der Sozialdemokraten (Vielnecht und Butrich) in Frage.

### Frankreich.

Der Pariser Rothstand erblickt ziffermäßig aus dem Rückgang der Verbrauchssteuer. Dieselbe brachte voriges Jahr 139 964 438 Franks gegen 1883 mit 143 618 271 Franks eine Verminderung von 3 653 833 Franks. Die stärkste Verminderung weisen die Baumaterialien mit 2 200 000 Franks auf, was den weiteren Rückgang der schon 1883 stark gesunkenen Bauthätigkeit genauam kennzeichnet. Die auf Steinen, Holz, Eisen und sonstigen Baustoffen lastende Verbrauchssteuer beträgt etwa 5 Prozent ihres Werthes. Dieses Jahr ist keine Besserung zu erwarten, aber 1886 und noch mehr 1887 zählt man auf eine bedeutende Steigerung der Bauthätigkeit und der Geschäfte überhaupt, wegen der 1889 stattfindender Weltausstellung. Die wirtschaftlichen Wirkungen der letzteren werden auch einen günstigen Einfluß auf die politische Entwicklung hervorbringen. Wenn die dritte Republik — so meint die „Schles. Ztg.“ — endgültig zur Staatsform Frankreichs werden sollte, wird sie es nicht zum geringsten Theile den zwei Weltausstellungen (1878 und 1889) zu verdanken haben. — Der verwundete Polizeikommissar Ballerich ist seinen Wunden erlegen. — Die Delegirten für die Senatorenwahlen im Seinedepartement haben nachstehendes Programm beschlossen, das die Kandidaten für den Senat gut zu heißen haben: 1) Vollständige Revision der Verfassung durch eine von dem allgemeinen Stimmrecht ernannte konstituierende Versammlung; 2) Abschaffung des Senats; 3) Vollständige Unterordnung der vollziehenden Gewalt unter die gesetzgebende Gewalt; 4) Trennung der Kirche vom Staat; 5) Protest gegen die Politik der Eroberungen und Abenteuer; 6) Ermählung des Gerichtspersonals und Ausdehnung der Jury auf die korrekturellen und Zivilprozesse; 7) Rücktritt des Seinedepartements unter das Gemeinrecht, Trennung des Generalraths der Seine von dem Pariser Gemeinderath, Dezentralisirung der Departements und Autonomie der Gemeinden; 8) Reform des volkswirtschaftlichen und sozialen Systems; 9) der erwähnte Kandidat muß jährlich über die Erfüllung seines Mandats Rechenschaft ablegen. — In der Kammer wurde der sehr umfangreiche Bericht des Abgeordneten Drauz über die Getreideernte vertheilt. Derselbe beantragt für die Produkte europäischer Ursprungs eine Taxe: für Weizen 3 Frks. pro 100 Kgs., 7 Frks. für Weizen, 2 Frks. für Roggen und Gerste, 1,50 Frks. für Hafer. — Für Produkte nichteuropäischer Ursprungs: 6,50 Frks. für Weizen, 10,60 Frks. für Weizen, 5,60 Frks. für Roggen und Gerste und 5,20 Frks. für Hafer. — Die Kammer hat sich bis zum 27. d. M. vertagt.

### Schweden und Norwegen.

Das liberale Ministerium Spedrup wird dem binnen einigen Wochen zusammentretenden Storting (Landtag) eine Reihe Vorlagen auf dem Gebiete des Seewesens, der bürgerlichen Selbstverwaltung und der Arbeitergesetzgebung zugehen lassen. Zu letzterem Zweck soll im Ministerium des Innern eine Kommission gebildet werden, welche Gesetzentwürfe zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse auszuarbeiten haben würde. Die Kommission soll speziell Vorlagen über Krankenlasten, Versicherungsbetrachtungen gegen Unfälle und Altersversorgungskassen ausarbeiten, sowie auch eventuell Bestimmungen über die gegenseitigen Pflichten und Rechte der Arbeitgeber und Arbeiter, Veranstellungen zur Verbesserung der Lage der letztgenannten in ökonomischer, intellektueller und moralischer Beziehung in Vorschlag bringen.

### Großbritannien.

Aus Dublin wird geschrieben, daß der Bischof, Lord Spencer, der Generalsekretär für Irland, Dr. Campbell-Bannerman und andere Beamte der irischen Exekutive gegenwärtig eifrig mit der Prüfung der Frage beschäftigt sind, ob eine Erneuerung der Ausnahmegerichte für Irland notwendig sei. In Mullingar lebte es vor einigen Tagen eine Jury beständig ab, vier Männer wegen eines Mordanschlags gegen drei Soldaten schuldig zu sprechen. Der präsidirende Richter sagte, dies wäre ein unwiderlegliches Argument für die Erneuerung des Verbrechensverhütungsgesetzes. — Der irische Home-Rule-Deputirte W. Redmond hielt jüngst in Edinburgh eine Ansprache an die dortigen Irländer, in deren Verlauf er empfindlich erklärte, daß die irische Partei keine Verbindungen mit Dynamitarden unterhalte. Die irische Partei besitze auch nicht den mindesten Einfluß auf dieselben. Dynamitattentate aber würden fortgesetzt in Eng-

als ich vielleicht nicht sobald Gelegenheit habe, ihn wieder aufsuchen zu können.“

„Ich bin ermächtigt, Aufträge und Anliegen entgegen zu nehmen, Sir,“ fuhr der Schreiber fort, indem er seinen Augenschirm jetzt etwas lästete.

Fritz sah ein sorgenvolles, aber gutmüthiges und freundliches, altes Gesicht.

„Handelt sich's um einen Ehekontrakt?“ fuhr er fort; „ich werde das Protokoll aufnehmen und es Ihnen morgen, vom Herrn Sherif unterschrieben, zustellen.“

Fritz antwortete, daß es sich nicht um einen Ehekontrakt handle.

„Ober ein Injurienprozeß?“

„Ach darum nicht! Ich wünsche nur Auskunft zu erhalten über einen notariellen Akt, welcher hier vor zwölf Jahren vollzogen wurde.“

„Vor zwölf Jahren, mein Herr, war noch Dr. Myers Sherif und der ist längst todt. Sein Nachfolger ist Dr. World.“

„Es ist mir bekannt, daß der damalige Sherif gestorben ist,“ antwortete Fritz, der jetzt den Namen gehört hatte, den er unter dem betreffenden Schriftstücke nicht hatte entziffern können.

„Am siebentzehnten Oktober dieses Jahres sind es gerade zwölf Jahre, da ist hier auf dem Amt ein Attest ausgefertigt, nach welchem ein vornehmer Herr sein Kind der Anstalt Bethesda übergibt und damit einen Förster, Namens Garrid, beauftragt. Es werden in dem Schriftstücke noch die Bedingungen angegeben, unter welchen das Kind später reklamirt werden kann.“

„Möglich, Sir, daß das geschehen ist!“ antwortete der Alte. „Darüber aber wird Ihnen Dr. World auch nicht Auskunft geben können. — Uebrigens, mein Herr, ist der gleiche Amtsgeheimniß, und selbst wenn Dr. Myers lebte, würde er unberechtigten Leuten dergleichen Auskunft nicht erteilen.“

„Ich bin kein Unberechtigter, mein Herr,“ erwiderte Fritz, „ich bin Irrenarzt in Bethesda. Es handelt sich darum, die Angehörigen einer jungen Dame zu ermitteln,

land verlißt werden, so lange Irland durch Zwangsarbeit durch Kettenstrafe und Soldaten, sowie von Despoten Lord Spencer regiert werde. — In Inverness wurde Grundbesitzer in den schottischen Hochlanden eine Befreiung abgehalten, um auf Veranlassung Sir W. Ramsay die Lage der Kleinbauern in den Hochlanden (crofters) zu würdigen zu ziehen. Es wurde beschloffen, die Grundbesitzer Crofters bei sich darbietender Gelegenheit zu vergrößern ihnen Kontrakte mit revidirten Pachtzinsen, sowie Kontrakte für Verbesserungen zu gewähren. Auch die Regierung angegangen werden, bei der Entwicklung der Fischerei-Industrie Beistand zu leisten, die die Schulabgaben zu ermäßigen und die Auswanderung zu muntern.

### Amerika.

Der Senat hat mit 48 gegen 9 (demokratische) Stimmen beschloffen, General Grant auf die Armeepension zu setzen. Wenn das Repräsentantenhaus diesem Beschloffen stimmt, wird Grant 13,500 Dollars jährlich bis zu Tode erhalten. Der General bezieht außerdem 15 000 Dollars aus einem, vor einigen Jahren von seinen Freunden gestifteten Fonds. — In South Bend, Indiana, fanden die ernste Arbeiterunruhen statt. Dieselben wurden durch strikente Arbeiter, hauptsächlich Polen, veranlaßt, die die Eisenhüttenwerke, und zwangen die übrigen Arbeiter die Gebäude zu verlassen. Verschiedene Personen wurden harrt, doch gelang es schließlich dem Militär, die Unruhen wieder herzustellen.

### Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Reichstags schloß am Freitag, betreffend die Petitionen der um Stellung und ihren Verdienst gebrachten Beamten der Unfallversicherungs-Gesellschaften, über zur Tagesordnung, aber schriftlichen Bericht ans damit die Angelegenheit daselbst öffentlich zur Sprache lang.

Die 9. Kommission des Reichstags begann Freitag mittag die Beratung des von den polnischen Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend die richtsprache. Artikel 1 dieses Gesetzentwurfs, vom § 188 des Gerichtsverfassungsgesetzes den Grundtag lautet: „In den der Krone Preußen seit dem Jahre 1807 gefallenen polnischen Landestheilen ist die polnische Sprache neben der deutschen gleichberechtigt“, wurde nach dreißig Debatten mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt; für die stimmten die drei polnischen Mitglieder der Kommission, das eine der beiden Mitglieder der Zentrumsfraktion.

Die von der Reichsregierung angestellten Ermittlungen über den angemessensten Ausgangspunkt der Mittelasiatischen Linie, wobei namentlich Neapel, Triest, Wien und Brindisi in Frage kommen, sind nunmehr abgeschlossen. Die „N. N.“ vernimmt, ist die Wahl mit Rücksicht auf die Schnelligkeit der Beförderung auf Brindisi gefallen.

Die Kommission für die (Gürtling'sche) Arbeiter-Schutzgesetzgebung hat zum Vorsitzenden den Hofrath, von dessen Stellvertreter den Abg. A. K. erman zu Schriftführern die Abg. v. Gruhn und Papellier ernannt. Von Seiten des Zentrums wurde angekündigt, daß es dort aus der Kommission einen vollständigen Gesetzentwurf vorlegen wolle. Die Kommission wird daher erst in 14 Tagen in Arbeit treten können. — Herr Kiermeier bekannte Freund der Arbeitsschüler, in der Kommission Arbeiter-Schutzgesetzgebung! Da sind wir neugierig, was herauskommen wird.

### Kommunales.

Für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung steht auf der Tagesordnung: Verlesung des städtischen Stipendiums. — Abbruch der auf dem Grundstücke Alexandersplatz 4 und Alexandersstr. 3-5 stehenden alten Baulichkeiten. — Veräußerung der Grundstücke Auguststr. 8 befindlichen Baulichkeiten zum Abbruch. — Neubau des Feuerwachtgebäudes Schönebergerstr. 20/21; vorgelommene Abweichungen Bauprojekte. — Bewilligung der durch Aufhebung des vor der sogenannten Rathscherbänke in Treptow entstehenden Kosten. — Bewilligung von 30 000 M. zur Plantierung Theils der Wasserstraße. — Verkauf des Grundstücks Trautstraße 21. — Erwerb des von dem Grundstück Trautstraße 10 zur Gollnowstraße freigelegten Terrains zur Umlagerung und Pflasterung der östlichen Hälfte des Arlonaplays und Einrichtung desselben zum Marktverkehr; Regulirung und Pflasterung der westlichen Hälfte des Arlonaplays und Einrichtung desselben zum Marktverkehr; Regulirung und Pflasterung des Arlonaplays in eine Gartenanlage, geräuschloses Pflaster des westlichen Flügels der Universität, Beschäftigungsgesetz.

Der Stadthaushaltsetat für Berlin pro 1885/86

welche dort seit zwölf Jahren zurückgehalten wird, daß sie wirklich wahnsinnig ist.“

„Ah!“ machte der Schreiber und nahm seinen Augenschirm ganz ab, um den Sprecher desto besser zu können, „ah, das ist eine traurige Geschichte, junges Mädchen zwölf Jahre in einer Irrenanstalt, daß sie geisteskrank ist! Das ist schlimm, sehr schlimm! Und warum entlassen Sie die Dame nicht?“

„Weil sie nach den Bestimmungen, unter welchen jenen Garrid reklamirt werden kann. Garrid selbst selbst wahnsinnig, und die Eltern sind uns unbekannt.“

„Wenn ich Ihnen dienen könnte, Dr. . . .“

„Ihr Name, mein Herr?“

„Rodenburg, Fritz Rodenburg!“

„Sehr wohl! Wenn ich Ihnen dienen könnte, Rodenburg, so würde ich es thun, um der jungen Willen. . . O, was es doch für Eltern giebt! Vermuthlich sind sie todt, sonst wäre gewiß die längst reklamirt.“

„Um zu erfahren, ob die Eltern wirklich todt habe ich die Reise hierher unternommen.“

„Dann haben sie die Reise vergebens unternommen. . . Warten Sie! Vor zwölf Jahren war ich hier und arbeitete in demselben Bureau. Jeder, der kam, mußte sich bei mir melden; aber ich erinnere mich nicht, Leute gesehen zu haben, denen ich das Besondere zutrauen könnte, ein Kind gefangen halten zu lassen, nicht geisteskrank ist.“

Fritz sah ein, daß diese Nachforschungen in der vergeblich seien. Während aller Tage, die seit seiner Terebung mit Garrid verfloffen waren, war ihm dankte nicht aus dem Sinn gekommen, daß Lord World dem Verbrechen in irgend einer Beziehung hätte schloß nach dieser Richtung hin noch eine Frage zu suchen.

„Kannten Sie den Lord Davis, Sir?“ fragte der Schreiber.

nach den Be-

Streichungs-  
Bägen geneh-  
waltungsjahr  
bis 86 im D  
auf 7,212,18  
stelt, gegen  
Markt höher.  
im Etat ur  
die gesammte  
das laufende  
hauptsächlich  
schulen verca  
6,022,307 M  
waltung der  
sundheitspfe  
jahr 198,3  
mit 10,988  
Darunter f  
Es sind dies  
Präsidenten  
eines neuen  
fende Vah  
Polizei-Ver  
erfordern in  
Straßenbeleu  
zur Aufgabe  
haupt sind i  
Nojahr am  
sind 2 275 03  
aus der Kan  
leistungsmess  
Markt, Haus  
Baumaterialie  
7 519 6  
aus der An  
der Kranken  
Theils der P  
men nicht ge  
beschließen  
werden. De  
ist auf 11 85  
laufenden G  
anordnung zu  
der auszuwär  
Einlo m m  
der öffentlich  
der beschleun  
um 4 Woche  
der Stadter  
Nach de  
bau, in me  
2 800 000 M  
den Magistr  
soweit sie a  
Grundstücks  
angekauften  
abgezahlt we  
können. Di  
stellung des  
der Fonds z  
von fünf S  
1 1/2 Mill. M

a. Von  
schen Rie  
am 27. No  
ten Wagen  
Nähe befind  
nung, daß N  
befugt wäre  
dert forsfahr  
Männer den  
schaft haben  
minalpolizei  
und sein Ru  
lich den Die  
da sie feste  
wegen wurde  
N. Die  
fordia-Theat  
Aldo Marti  
unterbrochen  
in hiesigen  
Woche einen  
in welchem H  
und die Kl  
stwert würd

„Ich  
jezt längst  
„Ja, u  
„In  
fragte der  
Nicht  
ein Duell v  
Pferde gestü  
„Ja, i  
ein Duell m  
Ja, das n  
hier war.“  
„War  
eines ander  
„Jeden  
erlauben S  
der Tag, i  
hatte mich  
gräbnisse be  
. . . ganz r  
Mann begle  
„Wie  
gendem Int  
„Das  
war damals  
des und für  
am Ende be  
rufen, daß  
nau auf der  
„War  
„Rein,  
groß, Karl  
Reiterfeder,  
Dirkschänger.  
„Also  
„Ja, jo  
genau so au  
daß er einen  
„Weiter  
„Mylo

nach den Beschlüssen der Magistrats-Kommission (sogenannte  
Ereidungs-Kommission) vom Magistrat in den wesentlichen  
Büßen genehmigt. Der Etat, welcher im noch laufenden Ver-  
waltungs-jahr mit 47,469,685 M. balancirt, wird pro 1885  
bis 86 im Ordinarium auf 43,760,414 M., im Extraordinarium  
auf 7,212,169 M., zusammen auf 50,973,083 M. festge-  
stellt, gegen das laufende Etatsjahr also um 3,5 Millionen  
Mark höher. Hiermit wird das halbe Hundert der Millionen  
im Etat der Reichshauptstadt zum ersten Mal erreicht und sogar  
gleich fast eine Million überschritten. Die Ausgaben für  
die gesammte Schulverwaltung betragen 9,942,900 M., gegen  
das laufende Jahr mehr 499,773 M., welche Mehrausgabe  
hauptsächlich durch die Öffnung einer Reihe neuer Gemein-  
dschulen veranlaßt wird. Die Armenverwaltung erfordert  
6,022,307 M., 243,259 M. mehr als im Vorjahre. Die Ver-  
waltung der Krankenhäuser und Einrichtungen für die Ge-  
sundheitspflege beansprucht 2,404,615 M., gegen das Vor-  
jahr 198,313 M. mehr. Die Bauverwaltung ist  
mit 10,968,638 Mark in der Ausgabe angelegt.  
Darunter stehen 6,658,000 Mark im Extraordinarium  
Es sind dies Bauten für die Erbauung eines neuen Polizei-  
Präsidial-Gebäudes, eines nächtlichen Asyls für Obdachlose,  
eines neuen Siechenhauses &c.; der Anlag ist gegen das lau-  
fende Jahr 2,015,065 Mark höher. Die Ausgaben für die  
Polizei-Verwaltung sind um 208,282 Mark höher angelegt  
und erfordern im Ganzen 2,975,266 Mark. Für die städtische  
Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung, Versperrung &c. stehen  
zur Ausgabe 1,716,369 Mark. Die Verwaltungskosten über-  
haupt sind in Anlag gebracht mit 5,144,902 Mark, gegen das  
Vorjahr um 327,524 Mark höher. Für verschiedene Ausgaben  
sind 2,275,032 Mark eingestellt &c. In Einnahme gestellt sind  
aus der Kammerei-Verwaltung 675,199 Mark, aus dem Er-  
leuchtungsweesen 4,385,450 Mark, an Reichsteuer 10,850,000  
Mark, Haussteuer 3,850,000 Mark, Hundsteuer 285,000 Mark,  
Braumalsteuer 415,000 Mark, Kapital- und Schulden-Verwaltung  
7,519,649 Mark, aus der Schulverwaltung 1,712,472 M.,  
aus der Armenverwaltung 744,728 Mark, aus der Verwaltung  
der Krankenhäuser &c. 337,867 Mark &c. Zur Deckung desjenigen  
Theils der Ausgaben, welche durch die angeführten Einnah-  
men nicht gedeckt werden, muß nach den obigen Kommunal-  
beschlüssen die städtische Einkommensteuer ausgeschrieben  
werden. Der für das Etatsjahr 1885/86 zu erhebende Betrag  
ist auf 11,852,567 M. festgesetzt, 1,289,130 M. mehr als im  
laufenden Etatsjahr. Nach den bisherigen Resultaten der Ver-  
anlagung zur Einkommen- resp. Klassensteuer werden zur Deckung  
der auszuschreibenden Quote 100 Prozent der Gemein-  
de-Einkommensteuer erhoben werden müssen. Nach Schluß  
der öffentlichen Auslegung des Gesamt-Etats, welche in Folge  
der beschleunigten Beratung des Etats durch den Magistrat  
um 4 Wochen früher erfolgt als im Vorjahre, wird derselbe  
der Stadtverordneten-Versammlung zur Feststellung gegeben.  
Nach der Aufstellung des städtischen Etats für den Hoch-  
bau, in welchem für Bauten zu Gemeindegeldwecken rund  
2,800,000 M. aufgenommen sind, tritt nun noch die Frage an  
den Magistrat heran, wie die erforderlichen Schulgrundstücke,  
soweit sie angekauft werden müssen, zu beschaffen sind. Der  
Grundstücks-Erwerbungs-fonds ist erschöpft und auf den zuletzt  
angekauften Schulgrundstücken haften Hypothekenschulden, die  
abgezahlt werden sollen, mindestens aber nicht vermindert werden  
können. Die städtischen Behörden werden deshalb bei der Fest-  
stellung des Stadthaushalts-Etats für die Beschaffung ausreichen-  
der Fonds sorgen müssen. Für das Jahr 1885 ist der Ankauf  
von fünf Schulgrundstücken beantragt; dieselben werden etwa  
1 1/2 Mill. Mark kosten.

## Tokales.

2. Von dem an der Oberbaumbrücke lagernden städti-  
schen Kieshaufen, welcher zum Bestreuen der Brücke dient, war  
am 27. Nov. v. J. von drei Männern, auf einem mitgebrach-  
ten Wagen eine Fuhr Kieß abgefahren worden. Ein in der  
Nähe befindlicher Mann sah dies zwar, aber er war der Mei-  
nung, daß die drei Männer zu der Fortschaffung von Kieß  
befugt wären, und deswegen ließ er die Fuhr Kieß ungehin-  
dert fortfahren. Nachträglich stellte sich heraus, daß die drei  
Männer den Kieß gestohlen und mit ihrem Fuhrwerk fortge-  
schafft haben. Diese drei Diebe sind nunmehr von den Kri-  
minalpolizei ermittelt worden. Der Besitzer des Fuhrwerks  
und sein Kutscher, sowie ein Arbeiter S. haben gemeinschaft-  
lich den Diebstahl ausgeführt. Die beiden Ersteren wurden,  
da sie feste Wohnungen haben, auf freiem Fuß belassen, da-  
gegen wurde S. zur Haft gebracht.

N. Die Recherchen nach dem am Eingange zum Kon-  
ordia-Theater gestohlenen Bilde des Schattensilhouettisten  
Udo Martini sind in einer vollständig unerwarteten Weise  
unterbrochen worden. Wohl in Folge der Veröffentlichungen  
in hiesigen Blättern erhielt der Verstoßene Ende vergangener  
Woche einen anonymen, von zarter Hand geschriebenen Brief,  
in welchem die Abfenderin den fraglichen Diebstahl zugestand  
und die Rücksendung versprach, wenn ihr Straflosigkeit zuge-  
sichert würde. Um sein Portrait wieder zu erhalten, würde

„Ich sah ihn, glaube ich, einige Male hier! Er ist  
jetzt längst todt, nicht wahr?“

„Ja, ungefähr ebenfalls seit zwölf Jahren!“

„Im Duell gefallen, wenn ich mich recht erinnere?“

fragte der Schreiber.

„Nicht im Duell,“ erwidert Fritz, „doch hatte er  
ein Duell vor. Auf dem Wege dorthin ist er mit dem  
Pferde gestürzt und hat den Hals gebrochen.“

„Ja, ja, richtig! Man sprach hier davon. Es war  
ein Duell mit dem Grafen Fergus McDonuil . . . . .“

„Ja, das war kurz nach der Zeit, als er das letzte Mal  
hier war.“

„War Lord Davis allein hier, oder in Begleitung  
eines anderen Mannes?“

„Jedenfalls allein; er kam immer allein . . . . . doch  
erlauben Sie . . . . . ich besinne mich eben, es war gerade  
der Tag, als ich mein ältestes Töchterchen begrub. Ich  
hatte mich eben von Mr. Myers beurlaubt, um dem Be-  
gräbnisse beizuwohnen, als Lord Davis hier eintrat; nein  
. . . ganz recht, damals war er nicht allein, ein anderer  
Mann begleitete ihn.“

„Wie sah dieser Mann aus?“ fragte Fritz mit stei-  
gendem Interesse.

„Das weiß ich nicht!“ antwortete der Schreiber. „Ich  
war damals so tief betrübt über den Verlust meines Kin-  
des und fürchtete auch, daß dieser Besuch den Herrn Sherif  
am Ende bestimmen möchte, meine Beurlaubung zu wider-  
rufen, daß ich vor Trauer und Besorgniß gar nicht so ge-  
nau auf den Begleiter achten konnte.“

„War es ein kleiner, schmachtiger Mann?“

„Klein, schwächling? . . . . . Nein, im Gegentheil, er war  
groß, stark und robust, trug eine schottische Mütze mit einer  
Reißfeder, hohe Lederstiefeln und an der Seite einen  
Hirschfänger.“

„Also er sah aus wie ein Förster?“

„Ja, ja, ganz recht! Jetzt erinnere ich mich, er sah  
genau so aus wie ein Förster; ich erinnere mich jetzt auch,  
daß er einen großen, röstlichen Bart trug.“

„Weiter, mein Herr!“

„Mylord nannte ihn, wenn ich nicht irre, Pitt.“

Herr Martini zu letzterem gerne seine Einwilligung geben,  
wenn die Dame durch ihre Anonymität eine Antwort nicht  
unmöglich gemacht hätte. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu  
bei, damit die Dame aus ihrer Anonymität heraustritt.

N. Ein belagenerwerther Unfall ereignete sich gestern  
im königlichen Salosse nach Beendigung der Ordensfestlich-  
keiten. Ein bei dem Ordensfest interimistisch beschäftigter Lohn-  
lakat Sch. hatte bei dem Treppenheruntergehen das Un Glück,  
sehl zu treten und derart herabzufallen, daß er einen Bruch  
des Fußes erlitt. Der Verunglückte mußte nach der könig-  
lichen Klinik geschafft werden.

z. Die in der Kastanien-Allee 31 wohnhafte 77 Jahre  
alte Almosenempfängerin Amalie Barnick fiel am Sonn-  
abend Mittag gegen 1 Uhr vor dem Hause Blumenstraße 77  
so unglücklich zur Erde, daß sich dieselbe einen Armbruch und  
eine nicht unbedeutende Verletzung über dem linken Auge zu-  
zog. Nach Anlegen von Nothverbanden in der nahegelegenen  
Sanitätskuche wurde die v. B. nach dem Städtischen Kranken-  
hause überführt. — Auf ähnliche Weise verunglückte am Nach-  
mittag gegen 4 Uhr desselben Tages ein anscheinend dem Ar-  
beiterstande angehöriger Mann in der Ritterstraße. Derselbe  
wurde vor dem Hause Nr. 64 anscheinend von einem Kampfer-  
anfall überfallen und kam in Folge dessen so unglücklich zu Fall,  
daß er eine stark blutende Wunde an der linken Schläfe erlitt,  
und bewußtlos liegen blieb. Er wurde in den Flur des ge-  
dachten Hauses getragen und sobald ein Heilgehilf herbei-  
gerufen, welchem es nach Anlegung eines Verbandes gelang,  
den Mann wieder zum Bewußtsein zurückzubringen.

N. Zwei Mal „Groß Feuer“. Zwei große Brände be-  
schäftigten im Laufe des gestrigen Nachmittags beinahe a tempo  
unser Feuerweh in der vollenen Nahe. Auf dem Grundstück  
Ergelstraße 30 war Nachmittags gegen 4 Uhr auf bisher  
noch nicht ermittelte Weise in den Bodenräumlichkeiten ein  
Feuer ausgebrochen, das beim Eintreffen der ersten Sprigen  
nicht nur sämtliche Speicherräume, sondern auch den Fahr-  
stuhl in Brand gesetzt hatte. Das entsefelte Element griff  
bei dem herrschenden starken Winde mit einer solchen Vehemenz  
an sich, daß, obwohl seitens der Mannschaften zwei Dampf-  
sprigen und mehrere große Handdrucksprigen gegen den Brand-  
herd in Thätigkeit gesetzt wurden, doch fast der ganze Dach-  
stuhl eingestürzt wurde. Erst nach dreißündiger ununter-  
brochener Thätigkeit konnten die Lösch- und Aufräumungs-  
arbeiten als beendet betrachtet werden; während die Mann-  
schaften hier noch in voller Thätigkeit waren, gelangte die  
zweite Meldung „Groß Feuer“ von dem Grundstück Zeughof-  
straße 9 an und räumte daher sofort alle eben entbehrlichen  
Mannschaften, Dampfprigen und Rettungsapparate unter  
Kommando des Oberleiters der Feuerwehr nach diesem Grund-  
stück ab. Auf dem Grundstück befindet sich, und zwar in einem  
besonderen auf dem Hofe belegenen mehrstöckigen Fabrik-  
gebäude, die Pianofortfabrik von L. Neufeldt. Gegen  
5 1/2 Uhr Nachmittags hatten auf dem Hofe spielende Kinder  
in dem mit Bretter angefüllten Kellerträumlichkeiten einen ver-  
dächtigen Feuerschein wahrgenommen, der zu einer sofortigen  
Alarmierung der Feuerwehr Veranlassung gab. Beim Eintreffen  
der ersten Sprigen hatte sich das Feuer vom Keller bereits auf  
die Parterre-Etage erstreckt und hier unter den vorhandenen fer-  
tigen Instrumenten einen ganz bedeutenden Schaden angerichtet.  
Unter andern soll hier ein auf circa 4500 M. geschätzter Flügel  
fast vollständig vernichtet sein. Obwohl seitens der Feuerwehr  
von mehreren Seiten ein en masse Angriff ausgeführt wurde,  
konnte doch nicht verhindert werden, daß auch die in der ersten  
Etage belegenen Werkstätträume theilweise in Mitleidenschaft  
gezogen wurden. Besonders verdient bei Rettung der fertigen  
Instrumente machte sich der in der dritten Etage des brennen-  
den Hauses wohnende Werkführer Drens, der dabei einem  
Gerichte zu Folge nicht unerhebliche Brandwunden erlitten  
haben soll. Erst nach 2 1/2 stündiger Arbeit war es dem ener-  
gischen und todesmuthigen Vordringen der Feuerwehr möglich  
die Nacht des entsefelten Elements zu brechen. Die Neu-  
feldtsche Fabrik war bereits im vorigen Jahre von einem  
Schadensfeuer heimgesucht worden, doch soll das diesmalige be-  
deutend größer gewesen sein. Ein Stillstand der Fabrik wird,  
wie uns geschrieben wird, nicht eintreten. Ein geringfügiger  
Gardinenbrand fand noch in derselben Zeit in dem Hause  
Alexandrinenstr 51 statt, welcher theilweise das Mobiliar in  
Mitleidenschaft gezogen hatte. Die Feuerwehr hatte circa eine  
Stunde mit den Lösch- und Abräumungsarbeiten daselbst  
zu thun.

## Gerichts-Zeitung.

7. Ein netter Sohn. Aus der Untersuchungs-Haft, in der  
er sich seit der Neujahrsnacht befindet, wurde vorgestern der  
90. Abtheilung des Schöffengerichts der Hutmacher Emil Con-  
rad Lautenschläger vorgeführt, um sich wegen eines Alles von  
kaum glaublicher Rohheit, bezogen gegen die leiblichen Eltern  
und gegen den Bruder, zu verantworten. Wie der als Zeuge  
vernommene 68 jährige ehrwürdige Vater des Angeklagten thra-  
nenden Auges erzählte, war der letztere, der einem sogenannten  
Pfeifenklub angehörte, in der Neujahrsnacht in angetrunkenem

Fritz Rodenburg hörte mit großem Interesse zu. Die  
Beschreibung paßte auf Garrid genau, ja, auch der Vor-  
name Pitt stimmte mit dem seinigen überein. Lord Davis  
war mit Garrid bei dem Sherif Myers gewesen, demselben  
Sherif, welcher jenes Protoll ausgefertigt hatte. Das war  
ein Anhalt.

„Erzählen Sie weiter, Sir!“ bat er dringend.

„Weiter weiß ich darüber nichts, mein Herr.“ ant-  
wortete der Schreiber, „denn Mr. Myers war so gültig,  
mich trotz des Besuches zu beurlauben, ich brauchte nicht  
hier zu bleiben, um das Protokoll zu schreiben; ich habe  
nichts von der stattgefundenen Verhandlung erfahren.“

„Hörten Sie nicht wenigstens den Zunamen des Be-  
gleiters von Mylord?“

„Nein!“

„Erinnern Sie sich nicht, den Namen Garrid gehört  
zu haben?“

„Meinen Sie den Garrid,“ fragte hier der jüngere  
Schreiber, sich nach Rodenburg umdrehend, „der Förster  
des Lords in den Wäldern von Glenmoristan war?“

„Den meine ich allerdings! Kennen Sie ihn?“

„Ich kenne ihn nicht, Sir, aber ich hörte von ihm.  
Ich war damals noch ein Knabe; wenn Sie den meinen,  
so kann der wohl vor zwölf Jahren schwerlich hier gewesen  
sein; es ist, wenn ich mich recht erinnere, länger als zwölf  
Jahre her, daß dieser in Inverness vor den Affsen stand,  
des Kindesmordes beschuldigt.“

„Da irren Sie!“ sagte Fritz. Das war nicht vor  
zwölf Jahren oder länger, sondern erst vor elf  
Jahren.“

„Kann auch sein! Ich war damals noch ein Schul-  
bube, das weiß ich wohl, aber wie alt ich war, dessen er-  
innere ich mich nicht genau; ich weiß nur, daß in unserem  
Hause viel von der Geschichte gesprochen wurde. Die Frau  
des Försters war mit meiner Mutter befreundet und hielt  
sich, als sie von ihrem Manne ging, wohl länger als eine  
Woche bei uns auf.“

„Lebt Ihre Mutter?“

„Die lebt,“ antwortete der junge Mann, „Sinf  
gegenwärtig hier; denn sehen Sie, ich muß sie von

Zustande nach Hause gekommen, worüber er ihm gelinde Vor-  
haltungen machte. Hierüber gerieth der Angeklagte dermaßen  
in Wuth, daß er unter den gemeinsten Schimpfworten auf  
seinen Vater losstürzte, ihn an die Gurgel faßte und würgte,  
ihn ins Gesicht schlug und wiederholt gegen die Wand stieß.  
Auf die Hilferufe des Mißhandelten eilte seine Frau herbei,  
aber auch diese erhielt von dem verwahrslosten Sohne sofort  
einen Schlag ins Gesicht. Nunmehr eilte der Bruder den be-  
drängten Eltern zur Hilfe, worauf der Angeklagte ein Beil  
ergriß und damit einen Schlag gegen den Kopf des Bruders  
führte, wodurch demselben eine erhebliche Verletzung zu-  
gefügt wurde. Inzwischen hatten Hausbewohner von dem  
Lärm in der 2. Etage Wohnung aufgeschreckt, polizeiliche Hilfe  
requirirt und durch das Erscheinen der Schutzleute, wurde der  
widerlichen Szene ein Ende gemacht. Auf Antrag des empörten  
Vaters wurde der Unhold in Haft genommen und zur gericht-  
lichen Verantwortung gezogen. Im Verhandlungstermine be-  
wies der Angeklagte wiederum, daß jeder Funke von kinblichem  
Gefühl in ihm erstickt war, er hatte nicht nur kein Wort, um  
den sächlich bekümmerten Vater um Verzeihung zu bitten, son-  
dern er versuchte noch, dessen eibliche Auslage als wahrheits-  
widrig hinzustellen. Der Gerichtshof hielt gegen diesen Mutter-  
sohn eine exemplarische Strafe am Plage und diktirte ihm  
eine dreimonatliche Gefängnißstrafe zu, aber weder das Urtheil,  
noch die ihm von dem Vorsitzenden gebaltene strenge Straf-  
predigt schienen auf den Angeklagten den geringsten Eindruck zu  
machen.

Friedberg, 14. Jan. In der Privatklage des Majors  
a. D. und Reichstagsabgeordneten Dinge gegen den  
Rechtsanwalt Bödel und den verantwortlichen Redakteur des  
„Oberbessischen Anzeigers“ Bindernagel, hier, stand gestern vor  
dem Schöffengerichte Termin an. Herr Hünze hat Klage erho-  
ben auf Grund zweier von Herrn Bödel unterzeichneter Ar-  
tikel, welche in dem unter der verantwortlichen Redaktion des  
Mißangellagten Bindernagel herausgegebenen „Oberbessischen  
Anzeiger“ erschienen waren. In diesen Artikeln ist dem Kläger  
der Vorwurf gemacht worden, daß derselbe in seiner Eigenschaft  
als Vorsitzender der Regiments-Velleidungs-Kommission mit  
einem Militärlieferanten in Verbindung getreten und denselben  
um ein namhaftes Darlehen ersucht habe, daß dieser die Hin-  
gabe des Darlehens abgelehnt und kurze Zeit darauf bei Aus-  
scheidung von Lieferungen solche nicht erhalten habe, daß end-  
lich, nachdem diese Thatsache bekannt geworden, Herr Hünze  
durch Anzeige verschiedener Kameraden genöthigt worden sei,  
seine Entlohnung zu nehmen. Die Beklagten hatten dieser Klage  
gegenüber den Beweis der Wahrheit angetreten und sich über-  
dies darauf berufen, daß sie nach § 193 des Strafgesetzbuchs  
straflos seien, da sie lediglich in Wahrnehmung berech-  
tigter Interessen gehandelt hätten. In der Verhand-  
lung waren als Zeugen Oberst und Regiments-Komman-  
deur von Struensee, Major Karl von Koppelow, Major  
Adalbert von Dersfeld, Major Schnell von Schnellenbühl,  
Bahlmeister Collignon und Kaufmann Louis Ritzen, sämtlich  
von Frankfurt am Main, geladen. Zeuge Ritzen erklärte, der  
Bahlmeister Collignon habe am 13. Januar 1883 bei ihm um  
ein Darlehen von 2000 Mark für Herrn Hünze nachgesucht,  
er habe dasselbe jedoch sofort abgelehnt. Er sei seit mehreren  
Jahren Lieferant für das 81. Infanterie-Regiment gewesen,  
Herr Hünze zur damaligen Zeit Vorsitzender der Regiments-  
Velleidungskommission. Zur Zeit seiner Anfrage war keine  
Lieferung ausgeschrieben. Einige Zeit darauf sei eine Lie-  
ferung ausgeschrieben und er, wie gewöhnlich, aufgefordert  
worden, Proben und Preise einzufenden; einen Auftrag habe  
er jedoch nicht erhalten, weder damals noch nachher. Später  
sei er auch nach der Entlohnung des Herrn Hünze nicht einmal  
zur Abgabe von Proben aufgefordert worden. Mit Herrn  
Hünze persönlich habe er überhaupt nie gesprochen. Nach der  
Vergebung der Lieferung im Februar 1883 habe ihm der da-  
malige Premierleutnant, jetzige Hauptmann Regel, mit dem  
er persönlich bekannt war, gelegentlich erzählt, daß er (Regel)  
von Herrn Hünze das Geld, das dieser ihm schuldig gewesen  
sei, zurückhalten habe, worauf er (Zeuge) seiner Verwunderung  
Ausdruck gegeben und erzählt habe, daß Herr Hünze von  
ihm ein Darlehen zu erhalten versucht habe. Bei dieser  
oder einer anderen Gelegenheit könne er vielleicht auch  
des Umstandes Erwähnung gethan haben, daß er eine  
Lieferung nicht mehr erhalten, mit dem Hinzufügen:  
„Es scheint, daß meine Muster jetzt nichts mehr taugen.“  
Bahlmeister Collignon bezeugte, daß nach Einfindung der  
Muster Herr Hünze dieselben durchgesehen, zwei Proben eines  
Glogauer Hauses und zwei solche des Herrn Ritzen für die  
besten erklärt und mit einem Zeichen versehen habe. Herr Hünze  
sei darauf abkommandirt worden und habe ihm vor seiner Ab-  
reise gesagt, daß er diese Zeichen gemacht habe, und ihn ge-  
beten, den Mitgliedern der Kommission von dieser seiner An-  
sicht Mittheilung zu machen. Bei der Vergütung der  
Lieferung war Herr Hünze überhaupt nicht anwesend und hat  
bei der Beispruchung darüber nicht mitgewirkt, vielmehr hat  
der Kommission Herr Major Goldermann präsidirt. Auf  
besonderen Befragen bestätigte Zeuge, daß die Beschlüsse der  
Kommission dem Regimentskommandeur zur Bestätigung

meinem Einkommen erhalten. Seit mein Vater gestorben  
ist, bin ich der Ernährer meiner Mutter und einer kleinen  
Schwester. In Inverness aber ist Alles sehr theuer; mit  
zwanzig Schillingen die Woche ließ sich nicht bestreiten.  
Meine Mutter bewohnt deshalb eine kleine Wohnung  
draußen nahe an der Chaussee; Sie müssen dort bei un-  
serem Hause vorbeikommen, Herr Doktor.“

„Mein Freund,“ sagte Fritz, „Sie würden mich sehr  
verbinden, wenn Sie die Güte hätten, mich Ihrer Mutter  
vorzustellen.“

Der junge Mann sah sehr verlegen aus.

„Es wäre mir eine große Ehre, Herr Doktor, Sie be-  
wirthen zu können, aber ich fürchte, unsere Haushaltung ist  
allzu bescheiden.“

„Seien Sie darüber unbesorgt; ich bin an einen sehr  
bescheidenen Haushalt gewöhnt und hege keine großen Er-  
wartungen von einer Wirthschaft, welche mit zwanzig  
Schillingen die Woche erhalten wird . . . Ich zolle Ihnen  
meine ganze Hochachtung für die kinbliche Aufopferung,  
welche Sie Ihrer Mutter darbringen . . . Ich wiederhole  
also meine Bitte, haben Sie die Güte, mich Ihrer Mutter  
vorzustellen.“

„Wenn es der Herr wünscht, Raydor,“ legte sich der  
alte Schreiber ins Mittel, „so wäre es unhofflich von  
Ihnen, wenn Sie es abschlagen. Sie hören ja, daß der  
Herr Doktor mit einer bescheidenen Aufnahme zufrieden  
ist und keine hohen Erwartungen hegt von Ihrer Häus-  
lichkeit. Es weiß ja Jeder, daß die Schreiber des Amtes  
nicht auf Rosen gebettet sind . . . Für den Fall, daß  
Sie belieben sollten, Herr Doktor,“ — wandte er sich an  
diesen, „bei mir abzustiegen . . .“

„D nein, ich danke Ihnen.“ unterbrach ihn Fritz leb-  
haft; „es liegt mir daran, die Mutter des Herrn Raydor  
kennen zu lernen, und aus diesem Grunde würde ich eine  
Tasse Thee dort vorziehen.“

Fritz hatte sich bemüht, seine Aufregung zu verbergen  
und eine Ruhe zu heucheln, die ihm sehr fremd war. Er  
fürchtete, daß er hier vor der Auflösung eines großen Ge-  
heimnisses stand, eines Geheimnisses, das für ihn größeres  
Interesse hatte, als er selbst bis jetzt zugegeben hatte. (F. f.)

vorgelegt und erst nach dessen Entscheidung die Lieferungen vergeben werden. Auf die weitere, von Seiten der Beklagten gestellte Frage, woher es käme, daß Herr Ritgen seine Lieferungen erhalten habe, da doch Herr Hinz selbst mehrere von seinen Proben als die besten bezeichnet habe, beruft sich Hinz auf seine Verpflichtung zur Amtseidgenossenschaft. Zeuge erklärt endlich, daß die Proben des Glogauer Hauses billiger als die des Herrn Ritgen gewesen seien. Bezüglich des Darlehens bemerkt Zeuge, daß er lediglich an Herrn Ritgen einen Brief geschrieben, und daß von irgend welchem Hinweise auf die Eigenschaften des Herrn Hinz als Vorsitzender der Kommission nicht die Rede gewesen sei. Major Schnell von Schnellensbühl deponiert, daß er zu der kritischen Zeit überhaupt gar nicht mehr beim Regiment gewesen, vielmehr bereits nach Wehr veretzt gewesen sei. Er habe, wann wisse er nicht, von Gerüchten Kenntnis erhalten, welche mit der Entlassung des Herrn Hinz aus dem Militärdienst zusammenhängen hätten; Genauer sei ihm nicht bekannt. Auf besonderes Verfragen seitens des Dr. Jödel giebt Zeuge zu, am 4. November 1884 einen Brief geschrieben zu haben, in welchem er diese Gerüchte fast mit denselben Worten erzählt, wie dieselben in dem inkriminierten Artikel gebraucht sind. Als Zeuge könne er aber nur bestätigen, daß er irgend welche positive Angaben zu machen außer Stande sei. Die Zeugen Major von Oelsfeld und von Koppelow, beide damals im Regiment, erklären, daß sie von den angeblichen Gerüchten zum ersten Male Kenntnis erhalten hätten, nachdem Herr Hinz bereits seinen Abschied erhalten habe, auch ihnen insbesondere davon, daß Herr Hinz auf Andrängen seiner Kameraden seine Entlassung genommen, nichts bekannt sei. Oberst von Struensee erklärt, Herr Hinz habe seinen Abschied auf Grund eines ärztlichen Attestes genommen; derselbe war längere Zeit bereits krank und mußte deswegen von der Teilnahme an einem Manöver dispensiert werden. Auf Verfragen seitens der Beklagten Partei, ob die Dienstentlassung mit dem Ritgen'schen Darlehen in Verbindung gestanden habe, erklärt Zeuge, daß er gemäß § 53 der Strafprozeßordnung das Zeugnis verweigert. Auf Grund dieser Beweisnahme beantragte nunmehr der klägerische Vertreter, Herr Dr. Geiger, die beiden Beklagten wegen Verletzung im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuchs zu verurteilen und zwar Hindernagel zu dreimal 20 Mark und Dr. Jödel zu dreimal 150 M. Geldstrafe. Er führte aus, daß von einer Beleidigung wider besseres Wissen im Sinne des § 187 auch nach seiner Annahme nicht die Rede sei, da die fraglichen Beleidigungen offenbar auf Grund von Mitteilungen allerdings ohne ordnungsmäßige Prüfung für wahr gehalten haben. Dagegen liege eine strafbare Handlung vor, da von den behaupteten Thatsachen auch nichts als wahr herausgestellt sei. Insbesondere sei der direkte Gegenbeweis gegen die Behauptung erbracht, daß Herr Hinz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Militär-Belastungs-Kommission das fragliche Darlehen erbeten, und von der Gewährung desselben die weitere Verwendung von Lieferungen abhängig gemacht habe. Es sei vielmehr erwiesen, daß er bei den Lieferungen gar nicht beteiligt gewesen, und es sei sehr wohl möglich, daß die Kommission sogar auf seine Empfehlung die theilweise Gewährung der Lieferungen beschlossen, diese aber von dem Obersten nicht bestätigt worden. Unter dem Saue des § 193 könnten sich die Beklagten nicht stellen, da hier berechtigter Interessen nicht als vorhanden angenommen werden könnten, wenn bei Gelegenheit einer politischen Wahl Parteigänger mit grundlosen persönlichen Verdächtigungen angriffen werden. Die Erzeugung im Wahlkampf müsse zwar als strafmildernd in Betracht gezogen werden; nichts desto weniger müsse gegen Herrn Jödel eine empfindlichere Strafe ausgesprochen werden, da dieser als Anwalt sich der Tragweite seiner Handlungen bewußt sei, derselbe ferner als Landtagsabgeordneter besonders berufen sei, den Anstand im Wahlkampf aufrecht zu erhalten, und es ihm als Führer einer politischen Partei am wenigsten angestanden hätte, einen politischen Gegner persönlich anzugreifen. Endlich sei aber besonders strafschwerend der Umstand, daß in einer geradezu bedauerlichen Weise seitens des Dr. Jödel dieser mit der Veröffentlichung der ihm längst bekannten angeblichen Thatsachen gewartet habe bis zur Stichwahl. Es sei darauf abgesehen gewesen, durch die persönlichen Verdächtigungen des Kandidaten die Gegenpartei in eine Nothlage zu bringen. Wenn es den Beklagten in Wahrheit darum zu thun gewesen wäre, einen persönlich nicht würdigen Kandidaten zu beilegen, so hätten sie die Verpflichtung gehabt, sofort, nachdem ihnen die angeblichen Thatsachen bekannt geworden, also bei der ersten Wahl, mit ihrer Kenntnis hervortreten, als es der Partei des Klägers möglich gewesen wäre, einen anderen Kandidaten aufzustellen. Gerade der Umstand, daß sie bis zur Stichwahl gewartet haben, beweise, daß es ihnen nicht um die Sache, sondern um persönliche Verdächtigung zu thun gewesen sei. Der Vertreter der Beklagten, Rechtsanwalt Windeder, führte aus, daß der Beweis der Wahrheit gelungen sei, und betont namentlich, daß die Verweigerung des Zeugnisses seitens des Obersten von Struensee darlege, daß das Verfahren Hinz's die Billigung seiner Kameraden nicht gefunden habe und Veranlassung zur Einreichung seines Abschiedes gewesen sei. Jedenfalls aber käme den Beklagten der § 193 zu Statten, und es stünde namentlich der politischen Parteirichtung des Klägers nicht zu, die Anwendbarkeit dieser gesetzlichen Bestimmung zu bestreiten. Denn wenn diese Bestimmung den Beklagten nicht zu Gute kommen würde, so würde es im politischen Leben nicht möglich sein, die Person des Gegenkandidaten überhaupt anzugreifen. Nach einer Schlussführung des Herrn Jödel selbst, der namentlich darauf hinweist, daß er zu der genannten Erklärung nur durch ein Manuskript der deutsch-freisinnigen Partei erreicht worden sei, zog sich das Gericht zu einer etwa einviertelstündigen Beratung zu rück, worauf der Vorsitzende das Urtheil dahin verkündete, daß der Kläger abzuweisen sei. Es stünde den Beklagten der § 193 zur Seite, da dieselben durch eine Veröffentlichung des Wahlkomitees der deutsch-freisinnigen Partei zur Gewiderung veranlaßt gewesen seien und nicht nur die Berechtigung, sondern die Verpflichtung gehabt hätten, ihnen bekannt gewordene Thatsachen zu veröffentlichen, welche den Kandidaten der gegnerischen Partei als ungeeignet erscheinen ließen, die höchste Würde zu bekleiden, welche das deutsche Volk zu vergeben hätte. Im Uebrigen hätte die Beweisnahme ergeben, daß allerdings Herr Hinz ein Darlehen nachgesucht habe, und daß es ihm verweigert worden sei, ebenso daß späterhin der Ritgen eine Lieferung nicht mehr erhalten habe. Die Zeugnisverweigerung des Obersten von Struensee lasse eine andere Deutung nicht zu, als daß wegen dieser Sache Herr Hinz den Abschied haben nehmen müßte, und könnte daher insofern der Beweis der Wahrheit im Allgemeinen als geführt erachtet werden. — Gegen dieses Urtheil hat der Kläger Berufung angemeldet.

### Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

Die öffentliche Generalversammlung der Zimmerleute Berlin und Umgebung, welche am Sonntag Vormittag unter Vorsitz des Herrn Klein in Rellers großem Saale, Andreasstr. 21 togte, imponierte gerade nicht durch die Zahl der Teilnehmer an derselben, trotzdem das hochwichtige Thema: „Der Lohnsatz für diesen Sommer“ auf der Tagesordnung stand. Herr Siegmund hatte es übernommen, über diesen Punkt zu referiren und spiegelte sich in seinem Referate die ganze gewerkschaftliche Mißere der Zimmerleute und der

Wunsch nach einer endlichen Besserung wieder, in welchen die Versammlung voll und ganz einstimmt, aber das „wie?“ sich aber noch sehr im Unklaren befindend. Dem Antrage Weiß, in diesem Sommer 45 Pf. pro Stunde Arbeitelohn zu verlangen, trat Herr Margian entschieden entgegen, unter Hinweis darauf, daß die Zimmerleute noch lange nicht in der Lage wären, einen derartigen Beschluß durchzuführen. Er befaßwortete daher, von einer Mehrforderung für diesen Sommer Abstand zu nehmen, vielmehr den alten Lohnsatz getreulich festzuhalten und bei den Baugewerksmeistern vorstellig zu werden, ihnen die Lage der Zimmerleute vor Augen zu führen und auf die Einstellung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit zu dringen. Auch wurde der Wunsch geäußert, sofort Sammlungen zu eröffnen, um diejenigen Kollegen, die unter 40 Pf. per Stunde arbeiten, zu bewegen, die Arbeit einzustellen und dieselben sodann unterstützen zu können. Doch wies Herr Klein auf das Nützliche des Unternehmens, jetzt schon die Sammlungen zum Generalfonds beginnen zu wollen, hin, hielt vielmehr den Anfang des März, entgegen den Anschauungen des Herrn Margian, welcher die zweite Hälfte des Februar im Auge hatte, für den frühesten Termin zum Beginn der Sammlungen. Wer gehalten sei, unter 40 Pf. pro Stunde zu arbeiten, solle nur der Kommission Anzeige davon machen und diese werde schon Abhilfe treffen. Viel richtiger und im Interesse der Allgemeinheit sei, daß im Winter eine längere Arbeitszeit bemessen werde, als im Sommer, und zwar im Winter 8 Stunden und im Sommer 10 Stunden und werde die Kommission dieserhalb mit den Meistern in Verhandlung treten. Das Resultat der Debatten über diesen Punkt war die Annahme einer Resolution, dahingehend, daß jeder Zimmermann monatlich verpflichtet sei, an dem mit den Baugewerksmeistern vereinbarten Tarif von 40 Pf. pro Stunde festzuhalten und die Ueberstunden und die Sonntagsarbeit zu vermeiden. — Ein sechsstündiger Arbeitstag sei, wie Herr Klein meinte, in Berlin anerkannt. Keinem vernünftigen Menschen würde es einfallen, einen eifständigen Arbeitstag einführen zu wollen. Alles, was über zehn Stunden täglich gearbeitet werde, sei als Ueberstunde zu erachten. Im Anschluß hieran kam ein Unterstützungsgeluch der Strickelkommission der Knopfmacher zur Erörterung und wurden nach längeren, durch obwaltende Meinungsverschiedenheiten hervorgerufene Debatten den Strickelnden schließlich 300 M. aus dem Generalfonds bewilligt. Als zweiter Punkt der Tagesordnung beschäftigte das Meisterorgan, die „Baugewerks-Zeitung“, die Versammlung speziell durch zwei Artikel; welche die Absicht der Meister durchzubilden lassen, „Gesellen-Ausschüsse zu bilden, da ein Frieden zwischen Meistern und Gesellen nicht zu erzielen sei, da die Letzteren zu sehr an ihren „Führern“ hängen und diese Alles verteilen. Herr Klein erklärte sich mit den Gesellen-Ausschüssen einverstanden, wenn dieselben aus der Allgemeinheit hervorgehen und das Vertrauen Aller besäßen. Allem Ansichene nach sollten die Ausschüsse aber nur aus sogenannten „Hilfsgefellern“ zusammengelegt werden, und warnte Herr Klein, sich auf keine Weise betören zu lassen. Da sich während dessen der Saal bedenklich entleert hatte, wurden die Verhandlungen über diesen Gegenstand bis auf später vertagt. Als zum Schluß noch einmal die „Angelegenheit Margian“, zu dessen Ehrenrettung von befreundeter Seite Extra-Blätter in der Versammlung vertheilt worden waren, von gegnerischer Seite auf Tapet gebracht wurde, entstand eine derartige Unruhe, daß sich der Vorsitzende bewegen fühlte, die Versammlung schleunigst zu schließen.

Die Versammlung der Fabrik- und Bauarbeiter am Sonntag verfiel dem Geläch der politischen Auflösung. Als Referent sprach Herr Renthaler über die Bestrebungen des Fachvereins und die Stellung der Arbeiter zu denselben. Redner führte aus, daß die Hauptaufgabe des Fachvereins darin bestehe, die materielle Lage der gesammelten arbeitenden Bevölkerung zu heben, insbesondere die der mehr wie alle gewerblichen Arbeiter gedrückten Fabrik- und Bauarbeiter. Ein gesetzlich normirter Maximalarbeitstag sei unbedingt nöthig. Wir würden aber wohl noch lange warten können, ehe der Normalarbeitstag mit kürzerer, höchstens 9-9/10stündiger Arbeitszeit eingeführt werden wird, wenn wir Arbeiter nicht immer und immer wieder unsere Stimmen erheben, damit diese unsere in halbschwere Forderung mehr und mehr ihrer Verwirklichung entgegengeführt wird. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages verurtheilte Redner die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung durch die furchtbare Konkurrenz der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken. Der Vortrag schloß mit einem kräftigen Appell an die Fabrik- und Bauarbeiter, kollegialischer zu handeln, und dem Fachverein beizutreten, damit derselbe auch in den

**4. Klasse 171. Königl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 19. Januar 1885.  
Kur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.  
(Dane Genährt.)

84 117 [1500]	30 345 65 95 [550]	410 50 63 94 517 24 607 [550]	91 788 923 69 76 [1500]	1005 37 87 194 [550]	288 306 14 17 19 90 404 43
49 57 90 675 635 718 49	70 528 984 [1500]	909 2023 25 1560 [33 80 119]	24 50 67 77 [550]	81 30 78 [550]	81 30 78 [550]
3009 974 [1500]	91 236 69 34 78 [550]	909 92 3015 [300]	23 78 81 [550]	91 236 69 34 78 [550]	909 92 3015 [300]
91 112 [300]	91 236 69 34 78 [550]	359 77 467 [300]	507 28 38 [300]	648 708 51 88 882 [300]	973 92 4022 126 76 91 221 459 543 62 641 [300]
68 757 881 970 91	5119 [1500]	25 79 [300]	92 249 [300]	362 74 88 690 924 29 42 85	6000 25 83 135 [550]
41 215 88 380 97 411 50 94 520 80 600 65 [300]	70 28 703 74 82 84 836 84 933 95	7007 9 29 93 195 206 302 10 89 400	27 34 780 855 73 88 930 61 [300]	88 95 890 67 85 89 100 43 69 80	252 [300]
359 [300]	66 75 94 497 [300]	507 41 [1500]	64 610 65 82 732	89 807 25 48 64 71 74 977 38	9013 [300]
64 103 36 [300]	88 [1500]	59 74 75 [550]	283 68 [1500]	366 520 39 49 [300]	64 620 37 [300]
700 66 850 68 940 90 91	10129 202 36 60 69 91 311 43 47 60 62 418 65 631 651 53 62 92	92 746 867 90 914 1144 81 [300]	96 243 367 645 [300]	139 80 893 941	89 18048 [300]
73 82 156 310 18 72 458 563 82 [300]	616 32 88 [300]	772 811 911 61 13091 140 204 71 323 67 94 99 438 78 648 49 [1500]	74 54 45 93 98 84 41 49 50 907 14022 150 219 22 32 58 448 503 58	743 54 74 838 925 43 61 85	15017 121 222 33 43 61 75 92 333 45 75 80 418 [1500]
57 617 23 25 33 41 51 [300]	62 71 622 24 756 886 16003 84 112 32 74 205 23 307	49 43 550 [550]	563 [300]	657 726 44 98 872 [550]	562 56 17038 46 184 85
214 [550]	300 71 438 [1500]	632 47 62 [300]	839 40 [300]	51 [300]	52 57
18003 73 84 148 238 55 65 905 [300]	55 91 [300]	433 55 39 520 [300]	42 59 62 70 73 [300]	763 849 70 [300]	94 947 19028 126 27 98 99 240
53 310 73 88 [1500]	403 44 50 57 89 84 55 654 55 724 31 38 98 800	[300]	43 90 934 43 47 54	24030 90 [300]	81 260 386 432 46 603 740 830 56 70 920 21 91
21031 128 [300]	76 86 262 97 312 93 474 57 [300]	69 553 [550]	83 84	617 24 40 [1500]	79 745 48 57 816 909 [300]
48 24000 97 171 93 217	23 [300]	69 356 76 419 61 707 27 43 847 901 18 24915 40 89 98	137 [300]	39 57 319 25 88 409 27 41 [550]	59 520 24 90 98 [1500]
632 29 82 725 34 76 819 38 901 18 [300]	20 [1500]	24115 20 [300]	25 [1500]	73 212 17 33 312 86 447 55 [300]	84 [300]
531 40 635 71 34 73 863 68	907 [1500]	29 40 68 90	25082 106 [300]	57 74 87 228 30 51 395 37 78 88 461 75 582 [300]	614 85 731 [300]
92 875 81 [300]	95 936 43 77 81 20037 52 102 37 236	42 341 [1500]	97 405 50 519 28 91 610 29 39 71 [300]	702 98 914 27	27127 15 328 34 [300]
45 68 413 39 73 98 [300]	522 59 73 [300]	628 49	83 719 91 805 [1500]	39 56 940 66 [300]	28048 [500]
108 26 74 220	824 [1500]	26 408 55 67 77 502 [550]	79 [1500]	664 [300]	716 55 95 98 99
343 93 903 79 24068 16 64 [300]	23 126 [300]	200 [550]	94 [550]	358 65 69 74 511 14 33 44 75 645 722 807 55 59 29 49 43	30056 167 209 319 24 26 60 71 [550]
473 534 41 43 [300]	666 713 931 [550]	38 38 97 31054 [300]	118 [300]	209 61 73 317 424 23 82 92	646 62 92 759 72 [300]
801 [300]	73 32027 65 89 99 153 66 68 208 826 37	[300]	607 40 61 66 98 703 814 20 [300]	84 944 82 33068 89 93 144 59	217 38 67 72 513 15 81 666 70 86 87 822 962 89 34022 47 67 109
38 49 68 [550]	69 402 92 505 31 61 684 763 820 53 55 [300]	919 33 [1500]	68 61	35128 70 237 [300]	303 [1500]
81 83 598 610 37 90 [1500]	732 40 42 [300]	904 28 47 83 34072 121 290 366 71 72 80 441 72 89 [1500]	580 646 734 37 814 21 968 3 7011 33 76 118 23 94 71 259 92 95 [1500]	353 506 52 57 94 670 840 976 92 34089 72 91 143 81 217 [300]	57 62
79 [300]	309 21 33 [300]	469 655 610 4 70 15 76 826 45 53 78 84 973	[300]	96 39010 155 56 58 86 276 301 2 4 57 68 88 [300]	415 [550]
561 92 627 85 727 41 [550]	819 43 [550]	55 995	40024 67 [300]	327 81 32 [300]	67 84 413 23 66 [300]
72 [550]	81 [300]	88 500 [550]	34 [1500]	64 631 [300]	41 84 87 733 35 76 828 60 65 75
949 [300]	55 53 90 [300]	41016 81 53 82 [550]	113 306 22 427 38 77	80 92 645 [300]	48 700 33 837 73 952 42031 [300]
63 [300]	91 107 21 60 63 232 80 84 418 55 72 89 539 629 27 39 59 734 52 [300]	914 107	928 62 43014 [300]	39 47 [1500]	77 86 91 189 169 211 40 318 [300]
834 99 99 81 507 44 63 72 639 760 848 61 953 44068 112 90 27 84	211 76 330 36 403 18 592 [1500]	628 [550]	709 43 91 98 872 934	55 61 7, die	

Stand gesetzt wurde, die Interessen der Branche voll und ganz zu vertreten. Nachdem die Herren Köhfeldt, Kunke, Strickel, der Vorsitzende Hildebrand gesprochen, erhielt Herr Kahlke das Wort, welcher sich des längeren über die Arbeiterfreundschaft der einzelnen Parteien im Reichstage verbreitete. Als dann zum Schluß ausfuhrte, unsere Aufgabe muß es sein, die Arbeiter zur Erkenntnis zu bringen, daß wir von jener Seite nichts zu erwarten haben, erklärte der überwachende Vorstand die Versammlung für aufgelöst, nachdem dieselbe anderthalb Stunden getagt hatte. — Allen Fabrik- und Bauarbeitern gleichzeitig zur Nachricht, daß der Verein Zahlstellen ertheilt hat, in welchen Beiträge entgegengenommen und neue Mitglieder aufgenommen werden. Die Zahlstellen befinden sich: Norden bei Herrn Lorens, Stroßburgerstr. 32, im S.O. Herrn Bartsch, Doppelstr. 35 III und bei Herrn Hildebrand, Brüderstr. 44, Hof I. Die nächste Versammlung des Vereins findet am Montag, den 2. Februar im kleinen Saale des Keller, Andreasstr. 21 statt.

b. In der zahlreich besuchten Versammlung des Vereins zur Werbung der Interessen der Klavierarbeiter, am Sonntagabend bei Gratwiel stattfand, erstattete Herr J. einen sehr eingehenden Bericht über die Thätigkeit und Leistungen des Vereins und des Vorstandes während des abgelaufenen Jahres. Von den Arbeitsverhältnissen, welche ungerichtlich Lohnreduktionen in zwei Fabriken stattgefunden haben, hat besonders die in der Köhler'schen Fabrik bedeutende Geldopfer erfordert: 1028 Mark sind an strikenden Mitglieder des Vereins gezahlt worden. Die Benutzung der Arbeitsnachweise hat nicht nur seitens der Klavierarbeiter sondern auch seitens der Fabrikanten zugenommen; von Arbeitssuchenden sind 88 placirt worden. Von den Fällen, denen der Verein Rechtschutz gewährt hat, ist in einem Falle der Prozeß (in zweiter Instanz) verurtheilt worden. Die Kosten, welche der Rechtschutz verursacht hat (60 Mark), sind durch den Gewinn, welchen die betreffenden Mitglieder gehabt, reichlich aufgewogen worden. Einem Mitgliede sind dadurch fünfzig Mark erspart worden. Aus dem durch die Ueberschüsse bei den veranstalteten Vergnügungen gebildeten Unterstützungsfonds sind an arbeitungsunfähig gewesene Kollegen 448 Mark ausgezahlt worden. Der gegenwärtige Bestand dieses Fonds beträgt 259 Mark. Die Mitgliederzahl ist gewachsen; sie beträgt gegenwärtig 421. In der Diskussion über den Bericht wurde hingewiesen, daß ein strengeres Vorgehen gegen die Mitglieder, welche die vom Vereine festgesetzte Arbeitszeit nicht innehalten, notwendig sei. Es folgte dann eine eingehende Besprechung der bedauerlichen Verhältnisse in der Honneth'schen Fabrik, anwesenden Arbeiter dieser Fabrik gaben zu, daß es eine regelte Arbeitszeit in ihrer Fabrik nicht gebe, daß sie nach bald übermäßig lange, mitunter auch die Nächte hindurch den ganzen Sonntag, bald nur wenige Stunden am gearbeitet werde. Den Schluß der zum Theil sehr eingehenden Debatten machte eine persönliche Ansprache des Herrn G. an die Kollegen aus der genannten Fabrik, in der er darlegte, daß das, was von ihnen gefordert werde, ihrem eigenen Interesse gefordert werde. Schließlich noch der Bitte um Unterstützung der Knopfmacher Rede; es wurde beschlossen, daß schon am Montag für die in den einzelnen Fabriken Sammlungen veranstaltet werden sollen.

Zum Kapitel der Arbeitslosigkeit. Am Sonntagabend wurden in Hamburg auf der Schiffswerft und in der Schiffsfabrik von Blohm u. Rog auf Steinwärd 43 neue Schiffsbauer, abgeloht und entlassen. In kürzester Frist dürften noch mehrere folgen, da es an Bestellungen mangelt. Bisher 600 Mann sind jetzt noch auf der Fabrik beschäftigt, während schon über das Doppelte dort beschäftigt waren sind. Auf der Reiberei Schiffswerft und auf der Fabrik (L.G.) liegen die Arbeitsverhältnisse noch viel schlimmer, während dort über 1600 Mann gearbeitet haben.

Vorhelm. Mit dem Strontianit Bergbau wird es immer schlechter. Nachdem in voriger Woche eine Volumentzung von 15 pCt. bekannt gemacht wurde, in dieser auf allen Schächten einer größeren Anzahl von Arbeitern

t. Die Volksversammlung, mit der Tagesordnung: Kolonisation und das Arbeitererziehungsgesetz, Referent Dr. G. welche am Sonntag Vormittag in Domack's Restaurant, Wallstr. 20 stattfinden sollte, ist auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden.

Kron...  
gegen...  
von 1000...  
raths...  
Kreis...  
selbst...  
hätte...  
wie...  
brechen...  
nennen...  
England...  
Anach...  
setzt...  
nach...  
habe...  
Hebe...  
aus...  
einige...  
Beispiele...  
Kens...  
wir...  
bung...  
kaufmänn...  
boten...  
dasselbe...  
sein...  
wird...  
das...  
Was...  
Sinne...  
lage...  
zu...  
sicher...  
Schles...  
von...  
hat...  
hier...  
die...  
Kolon...  
zünft...  
schlechte...  
Bei...  
den...  
hängig...  
Gemein...  
tischen...  
und...  
vor...  
der...  
Säbamer...  
welche...  
mit...  
wie...  
oft...  
Günst...  
welcher...  
dasjen...  
Beding...  
mit...  
Jahren...  
nicht...  
können...  
well...  
eine...  
nicht...  
D...  
zu...  
Gründ...  
Schimme...  
schämen...  
Blage...  
Aus...  
noch...  
im...  
Röhr...  
es...  
als...  
h...  
Neden...  
u...  
Polit...  
theil...  
Spuren...  
den...  
Lokal...  
Der...  
tag...  
den...  
Polit...  
halten...  
gehend...  
den...  
Un...  
wichtig...  
Frank...  
von...  
Derg...  
Jemand...  
haben...  
w...  
guter...  
Sp...  
außer...  
freigelo...  
abend...  
ver...  
ver...  
nicht...  
sich...  
dann...  
Röhr...  
furt...  
neig...  
von...  
einer...  
Zeit...  
Die...  
urs...  
eine...  
gew...  
lofen...  
fäden...  
Taus...  
felde...  
in...  
geholf...  
nach...  
den...  
meist...  
gemacht...  
w...  
h...  
w...  
des...  
Stadt...  
zu...  
äußer...  
des...  
noch...  
in...  
Schritte...  
Leip...  
ging...  
mon...  
ab...  
und...  
Arbeit...  
Wagen...

## Politische Uebersicht.

**Kronzeugensystem?** In den verschiedenen Blättern begangen wir folgende Nachricht: „Anlässlich der Ausführung von 10 000 Mark für den Erwerb des Mörders des Polizeiraths Kampff in Frankfurt a. M. drängt sich den maßgebenden Kreisen die Erwägung auf, das ein Kommissar des Verbrechens, selbst wenn er aus diesem oder jenem Grunde die Absicht hätte, den Thäter zu nennen, dies nicht wagen dürfte, weil wie kein Geiz haben, das dem Theilhaber an einem Verbrechen Straßlosigkeit zuweist, wenn er die Thäter reumüthig nennen würde. Ein Gesetz, wonach Kronzeugen, gleichwie in England, straflos ausgehen, ist angefangen der Ausbreitung des Anarchismus darum als wünschenswerth erkannt worden. Wie es heißt, wird die Frage der Einbringung eines solchen Gesetzes in Regierungskreisen lebhaft erörtert.“ Dem Anschein nach haben wir es mit einer Zeitungente zu thun.

**Ueber Begründung von Kolonien** wird der „Post. Blg.“ aus Schleswig-Holstein geschrieben: „Es scheint, daß einige führende Unternehmer unserer Provinz dem hantschaftlichen Beispiele der Begründung von Kolonien folgen wollen, wenigstens wird die etwas mysteriös gehaltene Notiz von der Erwerbung eines überseeischen Grundbesitzes für Kolonisations- und kaufmännische Zwecke so eifrig verbreitet, daß man sie als Vorboten eines spekulativen Unternehmens betrachten muß. Erst, daselbst eingehender zu prüfen, wird noch genug vorhanden sein, wenn der Schleier des Geheimnisses gelüftet ist; man wird dann sehen, um welche Begünstigungen es sich handelt. Man wird dann auch sehen, ob es ein Versuch im Kleinen im Sinne jenes famosen Systems sein wird, welches als Unterlage ein Stück Land gewinnt und dann Auswanderer herbei zu ziehen sucht.“ Von Altona abgesehen, hat der Handel Schleswig-Holsteins nur wenig überseeische Verbindungen und von schleswig-holsteinischen Faktoreien in fremden Welttheilen hat man nie etwas gehört. Auch wird es sehr schwer halten, hier die thätigen Elemente der Auswanderer zu bewegen, die „Kolonien“ oder „Anstaltungen“ in mehr oder weniger unglücklichen Ländern zu besiedeln. Der Ueberfluß unserer thätigen Kräfte geht nach den Vereinigten Staaten, wo der schleswig-holsteinische Bauer ausgezeichnet vorwärts kommt. Bei den billigen Landpreisen und den günstigen Bahnverbindungen gelangt er dort sehr schnell zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit, er genießt alle Vorzüge eines großen und freien Gemeinlebens und bleibt im Grunde unter denselben klimatischen Verhältnissen, die er hier gewohnt ist und die Dauer und Kraft seiner Arbeit bedingen. Früher hat die Regierung vor der Auswanderung nach den deutschen Anstaltungen in Südamerika gewarnt und es liegen Erfahrungen genug vor, welche beweisen, daß sie daran nicht unrecht gethan hat. Leute mit einigem Vermögen sind nicht viele dorthin gegangen, doch wie oft haben die armen Arbeiter als „Kulturbringer“ zu Gunsten fremder Rechnung dienen müssen. Der Auswanderer, welcher seine wirtschaftliche Lage verbessern will, wird immer dasjenige Land aufsuchen, welches ihm die besten und sichersten Bedingungen für das Fortkommen gewährt; der Mann, welcher mit einem kleinen Vermögen auswandert, um in einigen Jahren zu Wohlstand zu gelangen, ist nicht in der Lage und nicht Willens, Experimente zu machen, die total mißglücken können. Ein großer Handelsherr kann solche Versuche wagen, weil er dabei nur immer einen Bruchtheil seines Kapitals auf eine Karte setzen wird, der auswandernde Ackerbauer kann es nicht. Darum fürchten wir auch nicht so sehr, daß er sich dazu ergeben wird, das Opfer irgend welcher transatlantischen Gründungen zu werden, die nicht immer durch „nationalen“ Schimmer besser werden. Etwas Vorsicht in dieser Zeit übersehender kolonialer Begeisterung ist aber immerhin am Platze.“

**Aus Frankfurt a. M.** schreibt man: Die Polizei hält noch immer eifrige Nachforschungen nach den Spuren des Mörders des Polizeiraths Kampff. Großes Aufsehen erregte es, als heute (18.) Morgen ca. 30 Schulleute, sämtlich mit Reden und anderen Gärtnern versehen, sich vom Polizeivierbureau nach dem Sachsenlager begaben. Dort vertheilten sie sich in die benachbarten Gärten, um nach etwaigen Spuren oder fortgeworfenen Gegenständen zu schauen. In den Lokalblättern findet sich folgende Annonce: „Aufforderung! Der Herr, — angeblich mit dunklen Vollbart, — welcher Montag, den 12. d. M., Abends gegen 8 Uhr, in Gesellschaft des Polizeiraths Dr. Kampff gewesen, und mit demselben sich unterhaltend, vom Eschenheimer Thore nach dem Sachsenlager gehend bemerkt worden ist, wird hierdurch dringend ersucht, den Unterzeichneten behufs einer für die Untersuchung wichtigen Ermittlung gefälligst ungehindert aufzusuchen zu wollen. Frankfurt a. M., den 17. Januar 1885. Der Polizeipräsident von Hergenhahn.“ — Nach anderen Berichten hätte sich schon Jemand gemeldet, der den Mörder kurz nach der That gesehen haben will u. s. w. Bis jetzt scheint man indes noch nicht auf guter Spur zu sein. Nur soviel steht fest, daß eine Reihe außerhalb Frankfurts als verdächtig Verhafteter bereits wieder freigelassen wurde. In Frankfurt a. M. selbst wurde Sonnabend Abend nach Abgang des letzten Zuges noch ein Mann verhaftet, der mit dem Revolver sich den Zugang zu dem bereits geschlossenen Wartesaal der Main-Neckar-Bahn erzwang, um sich dann dort schlafen zu legen. Daß dieser Verhaftete der Mörder sein sollte, ist freilich nicht anzunehmen. — In Frankfurt neigt man mehr und mehr der Ansicht zu, daß der Mord von einem sog. „Louis“ verübt wurde, da auf diese in letzter Zeit ganz besonders gefahndet wurde.

## Großbritannien.

Die anhaltende Arbeitslosigkeit im Lande verursacht jetzt, wo die Strenge des Winters sich fühlbar macht, eine gewisse Gährung unter den Tausenden von beschäftigungslosen Personen in London wie in den größeren Provinzialstädten. In Birmingham versammelten sich vorgestern mehrere Tausend drohblose Handwerker und Arbeiter auf einem Brachfelde in Aston, um zu erwägen, wie ihrer traurigen Lage abgeholfen werden könne. Alsdann zogen die Demonstranten nach dem Stadthause, um sich die Rathschläge des Bürgermeisters zu erbitten. Auf dem Wege dahin wurde der Versuch gemacht, einige Häuserläden zu stürmen. Vor dem Stadthause wurde eine Deputation zu dem Bürgermeister entsandt, welche ihn dringend bat, schleunigst Maßregeln zur Vinderung des Elends unter den beschäftigungslosen Einwohnern der Stadt zu ergreifen. Der Bürgermeister suchte die Absicht und äußerte die Befürchtung, daß das einzige Mittel zur Abwehr des Elends ein Wiederaufschwung des Handels sei, der indes noch in weiter Ferne zu sein schein. Schließlich versprach er Schritte zur Bildung eines Hilfsfonds thun zu wollen. Dieses Versprechen schlen die Demonstranten zu befriedigen und sie gingen friedlich auseinander. — Gestern durchzogen die Demonstranten zu Tausenden die Hauptstraßen der Stadt, und ab und zu ertönten aus ihren Reihen Rufe, wie „Wir wollen Arbeit!“ „Dies wird ihnen zeigen, ob Elend existirt!“ aber im Ganzen genommen verlief die Kundgebung ruhig.

## Asien.

China hat den Krieg mit Frankreich in Tonkin aufgenommen; es rüstet sich jetzt allem Anschein nach, noch immer ohne Kriegserklärung, auch zur See handelnd aufzutreten. Ein Telegramm der „Agence Havas“ aus Shanghai von gestern meldet, es seien am Sonnabend 12 chinesische Schiffe ausgelaufen, und man glaube, dieselben würden nach Futschu gehen, um dort Truppen an Bord zu nehmen und dann zu versuchen, dieselben in Formosa zu landen. Es würde sich hierbei um einen Entzug des von Admiral Courbet eingeschlossenen Kelung handeln. Londoner „Standard“ holt schon vor einigen Tagen eine Depesche aus Shanghai angekündigt, daß die chinesische Flotte zu diesem Zwecke die Unterlichter werde. Nach einer Mittheilung des „Celestial Empire“ vom 10. v. M. wird die Flotte von einem deutschen Vice-Admiral kommandirt, der unter den Befehlen des chinesischen Admirals Wob steht und unter dem Namen Duan Li Tscheng bekannt ist.

## Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission, betr. Abänderung der Strafprozessordnung, hat ein schnelles Ende gefunden. Nach beendeter kurzer Berathung der Anträge Rantel-Reichenberger wegen Wiedereinführung der Berufsinstanz ist eine Resolution von der Rechten und den National-liberalen — die Linke und das Centrum waren wegen der Abgeordnetenhausführung nur schwach besetzt — angenommen worden, wonach es inopportun sei, daß sich das Haus ebenfalls mit diesem Antrage beschäftige, nachdem die Reichsregierung einen diesbezüglichen Gesetzentwurf ausarbeiten lasse und es wurde an diese Resolution der Wunsch geknüpft, daß der diesbezügliche Entwurf dem Reichstage bald vorgelegt werden möge.

Bezüglich der Mittheilung der „National-Zeitung“, daß die Regierung Brindisi als Ausgangspunkt der subventionirten Dampflinien gewählt habe, wird offiziös bemerkt, daß nichts beschlossene sei, auch nichts beschlossen werde, bevor das Gesetz fertig sei.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

28. Sitzung vom 19. Januar, 2 Uhr.  
Am Tische des Bundesrathes Bronsart von Schellendorf u. Sänisch u. A.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betreffend eine Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Die Berathung des Militärstatuts wird fortgesetzt; zur Diskussion steht der außerordentliche Etat des Extraordinariums.

Die bereits mehrfach vom Reichstage abgelehnte Forderung von 289 000 M. für die Errichtung einer Unteroffizier-Vorschule in Neu-Dreifach ist in den vorliegenden Etatentwurf von Neuem aufgenommen worden; wiederum beantragt die Budgetkommission die Streichung.

Abg. v. Massow beantwortet die Annahme des Titels. Vor drei Jahren handelte es sich bei demselben nicht blos um die Unteroffizierschule, sondern um die Errichtung eines Militärliternab- Erziehungsinstituts, verbunden mit Unteroffizier-Vorschule. Die allgemeinen Einwände gegen das Institut der Unteroffizier-Vorschulen sind ja schon oft widerlegt worden; ich recapitulire nur, daß der definitive Aufnahme in die Schule eine zweimonatliche Probefrist vorangeht, nach welcher erst die Entscheidung fällt, ob Neigung und Beruf zum Soldatenstande in dem Bögling vorhanden sind; jedem Bögling, bei dem das nicht zutrifft, steht es frei, die Anstalt wieder zu verlassen. Auch der fernere Einwand, daß die Vorbildung in den Unteroffizier-Vorschulen einseitig sei und auf die Verwendung des Bögling im Heildienste keine Rücksicht nehme, ist nicht stichhaltig, das Statut der Weiburger Vorschule befaßt ausdrücklich das Gegentheil. Eine große Zahl von Böglingen ist nachher allerdings nur in subalternen Stellen verwendbar, aber es haben auch ganz hervorragende Soldaten und Beamte, so z. B. ein Generalleutnant und zwei General-Majors unserer Armee ihren ersten Unterricht in einer derartigen Vorschule empfangen. Von Einseitigkeit der Vorbildung kann also nicht die Rede sein. Zudem ist die Einrichtung einer dritten Vorschule abgesehen von Bedarfs, die beiden vorhandenen in Annaburg und Weiburg genügen nicht entfernt dem jährlichen Bedarf. Dem Nothbedürfnis der sogenannten Wanderunteroffiziere sollte auch endlich ein Ende gemacht werden; in diesen erhalten die Regimenter oft nicht gerade das erwünschteste Material, ganz abgesehen von den sonstigen Nachtheilen, die eine solche Wanderung mit sich bringt und deren Wirkung sich öfters in traurigen Exzellenz Luft gemacht hat. Wir wissen ja überdies alle, daß Frankreich sich unsere Erfahrungen auf diesem Gebiete zu Nutzen gemacht und 6 Unteroffizierschulen eingerichtet hat. Die Manquevements sind ja im Abnehmen, aber immerhin sind über 2500 Stellen noch unbesetzt. Ein gutes Unteroffizierkorps ist eine der festesten Säulen der Armee, und diesen wichtigen Faktor zu haben, wird auch die dritte Unteroffizierschule berufen sein. Neu-Dreifach eignet sich für dieselbe in ganz hervorragender Weise und befindet sich zudem in einer Nothlage, von der uns eine Petition des Magistrats ausführlich Kenntniß gegeben hat. Wir würden eine nationale Pflicht erfüllen, wenn wir auf diese Weise den Esfähern, die ja doch geborene Soldaten sind, und zugleich der Bedrängnis eines Theiles der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen entgegenkommen. (Beifall rechts.)

Abg. Hermès: Ich bestreite, daß politische Momente bei dieser Frage in Betracht kommen. Herr v. Kameke hat seiner Zeit ausdrücklich in Abrede gestellt, daß irgend ein politisches Moment für die Wahl von Neu-Dreifach in Frage stände, und uns den Statthalter von Ranteluffel angeführt, der für die Vorschule lediglich militärische Rücksichten geltend gemacht habe; die Wahl dieses Ortes wäre nur aus dem Grunde rathlich erschienen, weil man dort der verschiedenen vorhandenen Kasernen wegen am billigsten fortkommen würde. Die diesmahligen Verhandlungen in der Kommission lassen mich nicht vermuten, daß der gegenwärtige Kriegsminister auf einem anderen Standpunkte steht. Herr von Massow erklärt eine dritte Unteroffizierschule im Interesse der Vermehrung des Unteroffizierkorps für notwendig. Schon früher hat aber die Verwaltung selbst ausgeführt, daß es sich vorwiegend um die Verbesserung der Qualität der Unteroffiziere handele. Ferner ist früher schon wiederholt auf die Abnahme des Manquevements hingewiesen worden. Seit der letzten Debatte über diesen Gegenstand hat sich die Zahl der Manquevements von 3000 auf 2000 vermindert; und das Ordinarium ist bereits um 500 000 Mark in Folge der Einstellung von etwa 1000 neuen Unteroffizieren gestiegen. Die Unteroffizierschule als solche liefert endlich überhaupt keine Ver-

stärkung des Unteroffizierkorps; sie liefert nur Eleven an die Unteroffizierschule, und eine Vermehrung der letzteren ist gar nicht gefordert. Keine einzige Position des Militärstatuts ist so geeignet, unserem Sparhamtsgefühl neue Nahrung zu geben, wie diese. Es handelt sich ja in Wirklichkeit nicht um einen einmaligen Posten, seine Annahme zieht eine wesentliche Erhöhung des Ordinariums nach sich, die mindestens 150 000 M. jährlich beträgt. Es kommen also eigentlich nicht nur die 289 000 M. in Frage, sondern der jährliche Aufwand von 150 000 Mark repräsentirt vielmehr ein Kapital von etwa 4 Millionen. (Widerspruch rechts.) Unter den jetzigen Verhältnissen lehnen wir auch für dieses Jahr die Position ab. (Beifall links.)

Abg. Bürlin: Die Nationalliberalen werden heute wie früher für die Forderung stimmen; gegenüber den dunklen und doch so durchsichtigen Drohungen, welche die Sozialdemokraten jetzt immer am Schluß ihrer Reden andeuten, halten wir es für unsere Pflicht, die jungen Leute schon vor dem Eintritt in das militärische Alter vor sozialdemokratischen Bestrebungen in Schutz zu rechnen. (Oh, oh! links.) Die Forderung soll zunächst die Qualität der Unteroffiziere heben, doch ist auch ein Einfluß auf die Quantität nicht wegzuzuleugnen. Von Gewicht für uns ist aber besonders die beabsichtigte Verlegung der Anstalt nach Elsaß-Lothringen; die Wahl des Ortes steht in zweiter Linie. Für die Elsaßer, geborene Krieger und geübt im Waffenhandwerk, ist die Heranbildung eines tüchtigen Stammes einheimischer Unteroffiziere von größtem Werth; die Ausbildung der Mannschaften vollzieht sich leichter und rascher, Mißverständnisse werden vermieden und die Beförderung der Gegenstände wird gefördert. Aus diesen Gründen stimmen wir auch bei der jetzigen Finanzlage für die Position.

Abg. Windhorst: Die Gründe für und gegen diese Position sind ausführlich schon in den früheren Jahren erörtert worden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß auch in der heutigen Debatte nichts Neues vorgebracht wird. Für meine Partei kann ich bemerken, daß, wenn wir übereinstimmen, daß die Unteroffizierschule nur von Söhnen aus Elsaß-Lothringen besucht würde, wir vielleicht in Erwägung ziehen würden, die Forderung zu bewilligen. Aber zur Veröhnung zwischen den deutsch und französisch gekannten Elementen in Elsaß-Lothringen kann es doch sicherlich nicht dienen, wenn wir unsere Söhne dahin schicken. Man sollte übrigens doch nicht ohne weiteres glauben, eine solche Veröhnung mit so kleinen Mitteln herbeiführen zu können. Auf diese Frage will ich übrigens nicht weiter eingehen. Für mich und meine Partei ist maßgebend die finanzielle Lage des Reichs, die sehr betrübend ist, so betrübend, daß wir glauben, für ein derartiges Experiment nicht ohne Weiteres 100 000 Thaler bewilligen zu können. Ich komme eben aus dem Preussischen Abgeordnetenhaus her und habe dort gehört, wie viel dringende Forderungen unbefriedigt bleiben müssen, weil kein Geld für die Erfüllung derselben vorhanden ist. Wir können die Klagen der Lehrer nicht stillen, nicht den von Steuern bedrückten Kommunen bespringen. Wir wünschen die Noth nicht zu vermehren durch Bewilligung von Summen, die recht gut verschoben werden können. Auch im nächsten Jahre noch kann in dieser Frage Rath geschafft werden, wenn unsere Finanzen sich günstiger gestaltet haben.

Abg. Graf v. Moltke: Es läßt sich kaum noch etwas über die Sache sagen, ich will nur noch wenige Bemerkungen machen. Der Herr Vorredner hat gegen die Sache angeführt, daß, so oft die Vorlage erfolgt ist, sie abgelehnt worden ist. Ja, meine Herren, so oft sie abgelehnt worden ist, ist sie von der Regierung wieder in Anregung gebracht worden. Es handelt sich abgesehen von allen politischen Rücksichten darum, fehlende 2000 oder mehr Unteroffiziere zu beschaffen. Es ist durchaus wünschenswerth, ein so vortreffliches Material wie die elsässische Bevölkerung ist, für den Unteroffizierstand, der nächst dem Offizierkorps das wichtigste Element für die Tüchtigkeit der Armee ist. In Dreifach, das früher eine sehr viel stärkere Garnison gehabt hat, laufen die dringendsten Klagen ein, daß die Bewohner der Verarmung entgegengehen. Die Dreifacher sind, wie so viele kleine Städte, angewiesen, von ihrer Garnison zu leben. Nun befinden sich in Dreifach Lokaltitäten, die mit Nutzen für die Sache ausgenutzt werden können, und ich glaube, daß die Vorlage in ökonomischer wie in militärischer Beziehung empfohlen werden kann. Ich bitte Sie die Position anzunehmen. (Mehrseitiger Beifall.)

Abg. Baumhach: Trotzdem eine so hohe Autorität, wie der Herr Vorredner untreulich auf militärischem Gebiete ist, sich für die Bewilligung dieser Forderung ausgesprochen hat, muß ich dieselbe gleichwohl ablehnen, denn dieselbe hat doch nicht nur eine militärische, sondern auch eine finanzielle Seite, die zu betonen wir alle Veranlassung haben. Auch Herr Graf Moltke hat uns nicht beweisen können, daß die Forderung notwendig sei, und selbst über die Möglichkeit derselben stehen erhebliche Zweifel. Ich selbst habe früher für diese Forderung gestimmt, aber ich kann mich trotzdem nicht entschließen, jetzt wiederum für dieselbe einzutreten. Der Abg. Windhorst erzählt, daß er eben im preussischen Landtage gehört, wie schlecht die Finanzlage dort sei. Auch ich habe gesehen in der Budgetkommission des Reichstags vernommen, daß wichtige Aufgaben des Reichs ebenfalls der ungünstigen Finanzen wegen zurückgestellt werden mußten. Der Herr Staatssekretär im Reichspostamt hatte 125 000 M. zur Verbesserung der Gehälter der Postsekretäre gefordert, aber die Forderung ist vom Bundesrath abgelehnt worden. Wer will es uns verargen, wenn wir aus denselben Gründen auch hier „Nein“ sagen. Durch die Betonung nationaler Gesichtspunkte dürfen wir uns nicht betören lassen. Wie sollte sonst irgend ein Abstrich am Etat möglich sein. Läßt sich doch einer jeden Position eine nationale Seite abgewinnen. Wir treiben übrigens in diesem Augenblicke auch nationale Politik, und vielleicht noch in einem höheren Sinne als jene Herren (rechts.) Denn nationale Politik ist es doch entscheidend, wenn wir den nationalen Steuerzahler vor unnötigen Ausgaben bewahren. (Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Ich will die Erklärung vorwegschicken, daß ich die Bewilligung der Forderung für ein dringendes und notwendiges Bedürfnis halte. Das ergibt sich übrigens auch schon aus der Wiedereinbringung derselben Forderung, die ja früher bereits von Ihnen abgelehnt wurde. Herr v. Massow sagte, er hätte es lieber gesehen, wenn wir die frühere Forderung unverändert wieder eingebracht, also auch das Knabenbildungsinstitut wieder mitverlangt hätten. Daß das nicht geschehen ist, ist keine Rücksicht, die von Seiten der verbündeten Regierungen gegenüber dem Reichstage beobachtet worden ist. Es ist übrigens damals auch im Reichstage gesagt worden, daß für die Vorschläge der Regierung eine günstigere Position vorhanden sein würde, wenn nur die Forderung für eine Unteroffizierschule erhoben werden würde, und ich glaube, daß der Reichstag bei jener damals gegebenen Erklärung stehen bleibt. Ich will nicht noch einmal alle die Vortheile hervorheben, welche nach der Ansicht der verbündeten Regierungen

mit der Begründung einer Unteroffizierschule verbunden sind, aber ich kann mir doch nicht versagen, auf einige Punkte einzugehen, die von den Rednern heute geltend gemacht sind. Der Herr Abg. Hermes hat darauf hingewiesen, daß der Standpunkt meines Amtsvorgängers in dieser Frage ein anderer gewesen sei. Es ist mir nicht entfallen, was derselbe gesagt hat, ich für mich kann nur erklären, daß, wenn die Elsaß-Lothringer alle Pflichten, welche die Zugehörigkeit zum Reich ihnen auferlegt, zu tragen haben, sie eben den Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Interessen so gut haben, wie irgend eine mährische Stadt. Es könnte ja sein, daß meine persönliche Neigung mich dazu treiben würde, dieser letzteren irgendwie einen Vortheil zuzuwenden, aber das kann mich doch nicht abbringen, auch einer elsässischen Stadt gerecht zu werden. Der Plan, in Neu-Breisach eine Unteroffizierschule zu gründen, wird begünstigt durch den Umstand, daß besondere Einrichtungen für dieselbe dort nicht zu treffen sind; es empfiehlt sich also auch im fiskalischen Interesse, die Schule dorthin zu verlegen. Es ist ein Erfahrungssatz, daß der Militärdienst ein Mittel abgibt für das innerliche Zusammenwachsen von Völkern. (Sehr wahr! recht.) Wir haben mit diesem Satz auch bereits genügend Erfahrungen in Elsaß-Lothringen gemacht. Die alten Soldaten in Elsaß-Lothringen, welche die militärische Schule Deutschlands ganz durchgemacht, bilden einen wesentlichen Faktor für die Verschmelzung von Deutschland und Elsaß-Lothringen dessen Söhne übrigens gerade für die Armee eine große Begehung an den Tag legen. Es wird vielleicht nicht möglich sein, die Vorkule ganz mit jungen Elsaß-Lothringern zu besetzen, aber bis zu einem gewissen Grade wird sich das doch erreichen lassen. Meldet sich doch auch jetzt schon für den Militärdienst eine große Anzahl Freiwilliger aus den Reichslanden. Es handelt sich indessen bei der Schule um eine deutsche Einrichtung, zu der auch Baden und die andern Bundesstaaten ein Kontingent von Schülern stellen werden. Den Wünschen der Neu-Breisacher in einer anderen Weise entgegenzukommen, wie das hier im Hause angedeutet wurde, wird für die Militärverwaltung nicht möglich sein. Man hat die Bedürfnisfrage bestritten unter Hinweis auf die Abnahme der Managements an Unteroffizieren. Diese Abnahme ist allerdings vorhanden, aber sie muß nicht lediglich unter dem Gesichtspunkt der Zahl, sondern auch der Qualität beurteilt werden. Allerdings sind die Managements herabgegangen, aber die Abnahme ist nicht in allen Provinzen und Ländern gleich gewesen. Vieles haben auf dieselbe die sogenannten Wandrerunteroffiziere eingewirkt, für unsere Armee gerade kein wünschenswertes Element des Unteroffiziersstandes. Ueberdies hängt die Abnahme zusammen mit der Ercheinung, daß in den letzten Jahren die Zahl der über das zwölfte Jahr hinausdienenden Unteroffiziere sich vermehrt hat, in einem einzigen Jahre um 187. Das ist im Allgemeinen für die Armee kein Vortheil. Wir haben deshalb auch, um den Uebertritt von Unteroffizieren mit zwölfjähriger Dienstzeit in Zivilstellung zu erleichtern, eine Position in den diesjährigen Etat eingestellt. Des weiteren soll überall ein Stellenverzeichnis bekannt gemacht werden, in welchen die Stellen im Bivuldienst, welche Unteroffiziere zugänglich sind, bekannt gemacht werden. Wird die Abnahme der Militärverwaltung erreicht, dann wird auch das Manquement an Unteroffizieren wieder steigen. Herr Abg. Hermes hat nun zwar gemeint, daß durch die Unteroffizierschule Unteroffiziere selbst noch nicht gewonnen werden, allein die Erfahrungen, die wir mit den Unteroffizierschulen gemacht haben, widersprechen dieser Behauptung. Ein zweiter Gesichtspunkt, soeben, der für uns bei dieser Frage in Betracht kommt, die Qualität der Unteroffiziere, ist für die Armee von großem Interesse, insbesondere wegen des knappen Offiziersstands, den wir im Vergleich mit den Armeen anderer Staaten haben. Uns liegt jetzt eine vierjährige Erfahrung vor über die jungen Leute, die aus Unteroffizierschulen in die Armee eingetretten sind. Aus der Unteroffizierschule wurden wegen Unbrauchbarkeit entlassen im Jahre 1881 9 pCt., 1882 84 pCt., 1883 5,9 pCt., 1884 2,2 pCt. Die Verringerung der Entlassungen von Unteroffizierschülern ist dem Zustuß zuzuschreiben, welchen die Unteroffizierschulen aus den Vorkulen erhalten. Es ist ja ganz klar, daß unter den Leuten, die erst mit dem 17. Jahre in eine Militärerziehungsanstalt eintreten, sich eine Masse gescheiterer Elemente befindet. Wird auch bei der Aufnahme von Schülern die größte Vorsicht angewandt, so kann doch nicht verhindert werden, daß auch Böglinge Aufnahme finden, welche bereits in anderen Stellungen Schiffbruch gelitten haben. Wird doch auch von einer ganzen Anzahl von Eltern die Unteroffizierschule als eine Art Korrektionsanstalt für ungerathene Söhne angesehen. Mit Festungsgefängnissen wurden von Unteroffizierschülern bestraft im Jahre 1882/3 115, 1883/4 84. Die Entlassung von bereits eingestellten Schülern der Unteroffizierschulen, die sich später als nicht tauglich für den Dienst erwiesen, ist in derselben Zeit von 10 pCt. auf 6,7 pCt. heruntergegangen. Im Ganzen haben 75 pCt. von denen, die aus der Unteroffizierschule hervorgegangen sind, allen Erwartungen entsprochen, 25 pCt. haben sich als ganz vorzüglich erwiesen, 9 pCt. befinden sich jetzt bereits, kurze Zeit nach ihrer Einstellung in die Armee, in besonderen Dienststellungen. Die Einrichtung von Unteroffizierschulen wird ja sicher ohne Geldkosten nicht abgehen, ich kann aber nur sagen, daß die Summe, die Sie bewilligen, gut angelegt sein wird im Interesse der Armee. (Beifall.)

Herr Abg. Windthorst: Ich bedauere zu hören, daß den Neu-Breisachern in einer andern Weise nicht geholfen werden kann. Es ist schwer, mit den Herren vom Reich über eine solche Frage zu diskutieren. Aber wenn zu französischen Zeiten dort ein Artillerie-Regiment untergebracht werden konnte, wird es und vielleicht auch möglich sein, ein Bataillon oder einige Batterien dorthin zu verlegen. Ein wesentlicher Grund für mich ist, daß ich keine künstliche Wanderung nach Elsaß-Lothringen befördern will. Ich habe die Ueberzeugung, daß für die nächste Zukunft die Schule mit Elsaß-Lothringern nicht besetzt werden wird. Daß das gemeinsame Zusammenwachsen im Heere den Verschmelzungsprozess zwischen Deutschland und Elsaß begünstigt, ist richtig, aber dazu ist die Schule nicht erforderlich und auch nicht von Einfluß. Ich wiederhole nochmals: die finanzielle Lage legt uns die Erwägung nahe, welche Forderungen zu bewilligen und welche zu unterlassen sind, und diese Forderung gehört gewiß zu denen, welche füglich zurückgesetzt werden können, nicht für immer, aber doch wenigstens für das nächste Jahr. Dieses unser Verhalten kann ferner Mißdeutung unterliegen. Wir haben andere große Forderungen — so die für die Truppenisolationen — ohne weiteres auch jetzt bewilligt, weil wir sie für begründet und im Interesse der Landesverteidigung für geboten hielten. Das trifft auf die vorliegende Summe nicht zu, und darum stimmen wir gegen die Bewilligung derselben. (Beifall im Centrum.)

Herr Abg. v. Fischer (Wim): Auch ich bin ein Freund der Sparfamkeit und ich glaube, daß jeder der Herren, die heute aus Gründen der Sparfamkeit der Vorlage entgegengetreten, und ihre innere Herzensmeinung ausgesprochen haben. Aber ich muß leider sagen, daß man drauhen im Lande nicht durchgängig den gleichen Glauben an die Nützlichkeit dieser Sparfamkeitserwägungen hat. (Ob! im Centrum und links.) Ich glaube daran, daß es Ihre Herzensmeinung ist, aber ich spreche die Warnung aus, daß dieser Glaube nicht überall im Lande besteht und namentlich in der reichsständischen Bevölkerung nicht ungeteilt vorhanden ist. Meine Herren, es wird sehr vielfach in Elsaß-Lothringen die Abtönung über derartige, das dortige Land betreffende Fragen als ein Maßstab für die Festigkeit des Entschlusses, jene Lande festzuhalten und für die Festigkeit des Glaubens betrachtet, daß wir sie auch werden festhalten können. (Lachen im Centrum. Ob! links. Lebhaftige Zustimmung seitens der Rechten und Nationalliberalen.)

Ich sah diesen Widerspruch voraus, hielt mich aber zu dieser Mittheilung verpflichtet, weil ich mir wohl schmeicheln darf, die Stimmung eines großen Theiles des Volkes zu kennen. (Widerspruch im Centrum.) Der Abg. Windthorst hat gegen die Vorlage außer Rücksichten der Sparfamkeit auch noch die Befürchtung, daß man die Schule in Neu-Breisach überwiegend mit nicht-elsässischen, ja sogar überwiegend mit altpreußischen Böglingen zu besetzen suchen werde. Diese Befürchtung theile ich nicht, weil ich der Kriegsverwaltung zutraue, daß sie den politischen Zweck jener Schule zu erreichen auch ernsthaft anstreben und am allerwenigsten daran denken wird, sie mit altpreußischen Elementen zu besetzen. Und wenn man dazu läme, Böglinge aus den an Elsaß grenzenden Gebieten, aus Baden, aus der bayerischen Pfalz u. s. w. dorthin zu schicken, so wäre das durchaus kein Fehler; denn diese Elemente vermischen sich sehr leicht und sehr gut mit einander. (Sehr richtig!) Aber auch die Befürchtung des Abg. Windthorst theile ich nicht, daß man im Elsaß vergebens nach Böglingen für die Schule suchen werde. Im Gegenheil, ein guter Theil der Abneigung der Protokspartei gegen die Unteroffizierschule entspringt der Furcht, daß sehr viele Elsässer in sie eintreten werden. (Sehr richtig!). Und sollte schließlich an solchen noch etwa Mangel sein, dann werde ich unseren verehrten Abgeordneten Windthorst bitten, daß er in den ihm politisch näher stehenden Kreisen dafür wirke, dieser Schule Freunde zu machen, dann wird sie noch mehr besucht werden. (Beifall und Heiterkeit. Abgeordneter Windthorst: Ich bitte um das Wort!) Die Sache läßt sich nicht ausschließlich vom militärischen und noch viel weniger ausschließlich vom finanziellen Standpunkt aus beurtheilen. Es handelt sich hier um ein Stück nationaler Frage und deshalb sollten wir, denen es ernst damit ist, uns diese Lande zu erhalten — und ich glaube, es ist uns Allen ernst — bei Entscheidung der vorliegenden Frage uns nicht von kleinen finanziellen Erwägungen leiten lassen, sondern von großen nationalen Gesichtspunkten, und der Forderung zustimmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Herr Abg. Richter: Es scheint unter unseren Kollegen Herren zu geben, die ein Bedürfnis empfinden, überall nationale Fragen zu schaffen. Sie lieben es, dadurch auf einen Standpunkt zu steigen, wo sie Manchem größer erscheinen, als es der Fall wäre, wenn sie sachlich sprächen. Es zur Rede des Abg. v. Fischer ist die Erörterung heute sachlich und ruhig gewesen; in Herrn v. Fischer aber ist Herr v. Treitschke wieder aufgetreten. (Heiterkeit); obwohl Herr v. Treitschke, wenn man auf diese Art von Verebfamkeit Werth legen will, schon viel besser daselbst gesagt hat, wie heute Herr v. Fischer. Charakteristisch ist nur der Beifall, den dieser Herr heute bei der national-liberalen Partei gefunden hat, während damals angesichts der Rede des Herrn v. Treitschke gerade die hervorragendsten Führer jener Partei, v. Bennigsen und v. Benda, sich in schärfster Weise dagegen verwahrt, daß reine Nützlichkeitfragen in der von Herrn v. Treitschke beliebten Weise behandelt würden. Herr v. Fischer hat aber die im Lande herrschende Stimmung gesprochen. Wir haben keinen Grund, irgend einen von uns für besser unterrichtet über die Stimmung des Landes zu halten, als wir es selbst sind; zumal in dieser Frage, die seit vier Jahren bereits das Land beschäftigt. Der Redner weiß doch wohl, daß diese Position hier wahrscheinlich nicht Annahme finden wird; und gerade deshalb hätte er hier alles vermeiden müssen, was in Frankreich Anlaß geben könnte, aus einem Majoritätsbeschlusse des Hauses zu folgern, als ob die Mehrheit des Reichstages Elsaß-Lothringen nicht festhalten wolle. Der einfache Patriotismus fordert das! (Sehr richtig!) Aber es liegt auch nichts fern von uns, als daß wir Elsaß-Lothringen aufgeben wollten. Heute, in einer Sitzung, wo wir große Kasernen für Straßburg, theure Forts für Metz bewilligen, da soll man uns nicht kommen und sagen, man werde im Lande denken, daß wir Elsaß-Lothringen nicht behaupten wollen. Wir haben, ohne ein Wort zu verlieren, Hunderte von Millionen für die Festhaltung der Reichslande bewilligt; wir haben dort aus militärischen Gründen ein Eisenbahnen hergestellt, wie es sonst kaum in Deutschland besteht; wir haben die Unteroffizierschule begründet und unterhalten sie, abweichend von unseren sonstigen Einrichtungen, aus Reichsmitteln. Wir haben bei nicht günstiger Finanzlage den Kaiserpalast für Straßburg votirt, lediglich weil die Summe einmal gefordert war und damit aus der Reichsbewilligung keine falschen Schlussfolgerungen gezogen werden könnten. Aber man soll uns doch nicht kommen und nun die Bedeutung dieser Unteroffizierschule zu der Höhe eines Kaiserpalastes hinaufschrauben und von nationalen Fragen zu sprechen. Aus der Bewilligung oder Ablehnung der heutigen Position kann man keinen Rückschlusse ziehen auf die Entschlossenheit des Landes, Elsaß fest zu halten. Derartige weise ich namens meiner Freunde entschieden zurück. Mag es dem persönlichen Bedürfnis des Vorredners entsprechen, solche Reden zu halten, der Sache entspricht es nicht! (Beifall links.) Herr Bärklin hat die sozialistische Frage mit dieser Sache verbunden. Aber von seinem Standpunkt aus möchte man fast jede größere Stadt mit irgend einer Schule bedenken, wo die Jugend schon vom 15. Jahre an fürs Militär erzogen wird; die 40 oder 100 Böglinge, die jährlich in diese eine Schule von Neu-Breisach eintreten, können die sozialistische Gefahr, wenn sie überhaupt für die Armee besteht, nicht nennenswerth verringern. Die Auflösung von der Familie und der übrigen Bevölkerung trägt bei der Erziehung nicht immer die Früchte, die sich Manche davon versprechen. Die Regierung hat selbst diese Frage früher anders angesehen als heute; das beweist die bekannte Rede des Marschalls Manteuffel, in der er schilderte, wie viel Briefe er an das Kriegsministerium habe schreiben müssen, um dort für das Projekt dieser Schule in Neu-Breisach Boden zu gewinnen. Auch ich lege wie der Graf Moltke den höchsten Werth auf ein tüchtiges Unteroffizierskorps; die Schwierigkeiten, die Managements auszuführen, haben sich aber ganz erheblich verringert. Im Jahre 1874 hatten wir noch 8000 Managements; heute beträgt trotz der erhöhten etatsmäßigen Puffer der Unteroffiziere, welche 51,000 ist, die Zahl der Managements nur 2000. Die Unteroffizierschüler, welche das Rekrutenleben nie selbst durchgemacht haben, werden sich, wenn sie später in die Armee kommen, viel eher dazu verleiten lassen, die Soldaten zu mißhandeln, als diejenigen Unteroffiziere, welche aus der Truppe selbst hervorgegangen sind. Den Werth der allgemeinen Dienstpflicht für das Zusammenwachsen der Bevölkerung verkenne ich auch keineswegs; es war aus diesem Gesichtspunkte durchaus richtig, diese Dienstpflicht für Elsaß-Lothringen gleich nach der Erwerbung einzuführen. Aber dieser Gesichtspunkt paßt nicht auf die Unteroffizierschüler, welche nicht wie die gedienten Soldaten in ihre Heimath zurückkehren und dort bestehende Vorurtheile zu beseitigen helfen, sondern welche später garnicht im Elsaß bleiben und der elsässischen Bevölkerung dadurch entfremdet werden. Deshalb bitte ich das Haus, auch diesmal bei den früheren Beschlüssen stehen zu bleiben. (Beifall links.)

Herr Abg. Windthorst: Die Rede des Herrn v. Fischer war wesentlich persönlich. Er hat nicht unbedeutlich zu verstehen gegeben, daß er glaube, meine eigentlichen Motive seien nicht die, welche ich ausgesprochen habe. Seitdem Herr v. Fischer nicht im Hause, ist im Reichstag der Satz fest angenommen, daß man Abgeordneten nicht Motive unterscheidet, die sie nicht aussprechen. Was er mir hat unterscheiden wollen, war übrigens grundsätzlich; und ich weise seine Insinuationen zurück; ich glaube nicht, daß in Deutschland Jemand ist, der die Ertrungenschaft der Erwerbung Elsaß-Lothringens nicht aufricht erhalten will. Meine Freunde haben ihre Ansicht, das Elsaß festzuhalten, oft und durch zahlreiche Bewilligungen von Bahnen, Forts u. c. zu erkennen gegeben. Da sollte doch nicht so ein Bürgermeister aus Augsburg hierher kommen mit Insinuationen, die absolut

unbegründet sind. In diesem Jahre ist unser Etat nicht so groß, daß man für ein kostspieliges Experiment, wie die Eisenbahn, 400,000 Mark ausgeben könnte. (Beifall im Centrum.)

Herr Kriegsminister Bronsart von Schellendorf: Die Aufgabe der Unteroffizierschule soll sein, die jungen Leute zur Anhänglichkeit an das Deutsche Reich zu erziehen, die Bemerkung des Abg. Windthorst, die sich gegen eine solche gemachte Einwanderung nach dem Elsaß richtete, ist richtig, daß die Frage der Einwanderung nur in minimalem Maße hier zur Geltung kommt; das Zusammenwachsen der alten und der elässer Bevölkerung würde durch die Einwanderung einiger Badenfer, Bärkimbberger u. s. w. allerdings wesentlich gefördert werden. Daß das Zusammenleben der deutschen und elsässischen Kinder in der Vorkule die Verschmelzung der beiden Elemente nicht fördern würde, dacin widerspreche ich dem Abg. Windthorst das Allerbestimmteste. Im Uebrigen entnehme ich dem Schlusse des Abg. Windthorst, daß die Vorkule der Vorkule seinerseits nur für dieses Jahr besetzt solle. Das wird für den Fall, daß wir wider mein und Wünschens die Zustimmung des Reichstages in diesem Jahre nicht finden, für die verbundenen Regierungen eine Aufforderung sein, in dem nächsten Jahre mit der Aktion wiederzukommen. Der Abg. Richter ist auf die Forderung des Freiherrn von Manteuffel und die große Zahl von zu sprechen gekommen, die dieser geschrieben habe, die frühere Kriegsminister mit der Forderung der Unteroffizierschule in Neu-Breisach hervorgetreten. In dieser Lage befinden sich kommandirende Generale. Wenn ich solchen Wünschen entgegenkäme, dann würde ich hier bei meinem größten Schwierigkeiten begegnen. Ich muß mich bedauern, daß das wird auch mein Amtsvorgänger gefühlt haben. Uebrigens die Sache unter demselben Gesichtspunkte betrachtet hat. Abg. Richter meinte ferner, es sei im Interesse der Armee nicht zweckmäßig, sondern sogar nachtheilig, man solche Institute hätte, weil die darin auszubildenden Leute das Leben der Soldaten aus eigener Erfahrung nicht kennen lernen. Es ist ihm offenbar die Organisation der Unteroffizierschulen nicht gegenwärtig. Der Zweck der Unteroffizierschulen ist ganz so eingerichtet wie die Truppenheilen. Die jungen Leute werden dort als ausgebildet und empfinden die Schwierigkeit, Rekruten gerade so wie jeder andere junge Mann, und es besteht deshalb auch in der ganzen Armee nicht, daß diese Leute genötigt sein sollten, Mißhandlungen vorzunehmen. Die gehende Bildung derselben wird im Gegenheil den haben, daß sie auch auf dem Gebiete der Selbstbehauptung stärker sind. Wenn der Abg. Richter sich von der Forderung solcher Institute für das Zusammenwachsen der alten und der elsässischen Bevölkerung nicht viel verspricht, so sollte er sich nicht, wenn ein elsässischer Knabe durch ein solches militärisches Bildungsinstitut hindurchgeht, dem alldutschen Regiment übertritt und vielleicht gar ein Regiment befehligt wird, die partikuläre Gesinnung an dem dem Maße abgestreift werden? (Beifall rechts.)

Herr Abg. Sattler: Wenn der Abgeordnete die Neuforderungen des Herrn von Bennigsen und von Bärklin hinweisen zu können, daß politische Motive für die Unteroffizierschule nicht vorliegen, so befindet sich das in der That. (Redner verliest darauf bezügliche Stellen aus den Reden v. Bennigsen und v. Benda.) Der Abg. Windthorst hat lokale Gründe liegen vor, da die elsässischen Abgeordneten selbst für die Forderung nicht eingetreten; dem gegenüber weise ich darauf, daß lokale Petitionen vorliegen. Der Abg. hat im Jahre 1882 mit solcher Wärme und so durchdringenden Gründen für die Unteroffizierschule in Neu-Breisach gesprochen, daß Herr v. Bennigsen erklärte, daß er nichts mehr hinzuzufügen habe, und Abg. Richter hat sich auf das Bestimmteste in Aussicht, daß er im nächsten Jahre bereit sein würde, dem Kriegsminister die Bewilligung zu bewilligen. Wenn ein so vorzüglicher Fraktionführer sich ein Jahr vorher verpflichtet, eine solche Bewilligung zu bewilligen, so müssen doch zwingende Gründe vorliegen, die ich kann Sie nur bitten, nach den früheren Neuforderungen des Abg. Richter für die Bewilligung zu stimmen.

Herr Abg. Windthorst: Ich habe nicht gesagt, daß ich im nächsten Jahre der Forderung zustimmen würde, sondern ich habe nur gesagt, daß ich mich überzeuge, daß die Forderung aus Elsaß-Lothringen und nicht aus Berlin hervorgeht. Herr Abg. Richter: Der Abg. Sattler hat in einem anderen Unterchied zwischen meinen Reden im Jahre 1882 heute nicht beachtet. Der Etat hat heute ein absoluten Beschluß als damals. Heute stehen wir vor einem anderen Etat. Uebrigens habe ich damals ebenso wie Herr v. Bennigsen die Interessen in dieser Sache sprach. Die Frage ist keine finanzielle und ich würde unter anderen Umständen, und wenn die Finanzlage es gestattete, wie im Jahre 1882 für die Unteroffizierschule gestimmt haben. Damals haben wir dem Reichstag in Aussicht gestellt, daß wir im nächsten Jahre für die Unteroffizierschule stimmen würden, wenn er sie verändert einbringen würde, habe meine Pflicht 1883 erfüllt. Ich finde es aber nicht zweckmäßig, daß die Kriegsverwaltung heute unter so ungünstigen Finanzverhältnissen trotz des mehrmaligen Beschlusses von Seiten des Reichstages die Vorlage noch einmal bringt. Für mich ist es immer ein Grund mehr, eine solche Vorlage abzulehnen, wenn die Regierung, obwohl die Mehrheit der Reichstages hat, sie solche Vorlage nicht, dennoch sie wieder einbringen will. Der Kriegsminister hat sogar erklärt, er werde, falls die Vorlage heute abgelehnt wird, im nächsten Jahre wieder kommen, und aber im nächsten Jahre dieselbe Majorität wieder bilden. Aus allen diesen Gründen werde ich heute für die Bewilligung stimmen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und eine Reihe persönlicher Bemerkungen die Forderung der Unteroffizierschule in Neu-Breisach abgelehnt. Die für die Ergänzung der Befestigung von Elsaß-Lothringen geforderte erste Rate von 17 Millionen Mark wird auf 1 1/2 Millionen herabgesetzt. Die Forderung von 2 855 415 Mark zur Erweiterung der Artillerie-Schießplätze und zur Vergrößerung der Kasernen in Berlin, Danzig, Rathenow, Raumburg a. S. u. s. w. ist abgelehnt. Zum Neubau und zur Ausstattung einer Kavallerie-Bataillon Infanterie in Hadersleben werden 200 000 M. gefordert. Die Kommission beantragte die Bewilligung; Abg. Gottburgsen befürwortete die Bewilligung; Abg. v. Fischer sprach sich gegen die Bewilligung, an welcher sich die Abgeordneten Graf v. Helldorf, Junggreen sowie der Bundeskommissar Oberst v. Scharf, Nationalliberalen, Deutschfreisinnigen, Volksparteiler und Sozialdemokraten bewilligt.

Gestrichen werden ferner die erste Rate für ein Kasernen in Schleswig und nach kurzer Debatte die erste Rate für ein Kasernen für 2 Bataillone in Kassel; im Uebrigen wird das Kapitel bewilligt. (Griechischer Handelsvertrag. Mainecast.)

Abgeordnetenhause. 3. Sitzung vom 19. Januar. Das Abgeordnetenhause trat heute in die 3. Sitzung des Beschlusses betreffend den weiteren Erwerb von Eisenbahnen.

Eisenbahnen  
Anlage der  
Pfalz-Sorau-  
verwaltung und  
auf den preu-  
Debatte an  
Fortschrittspartei  
ke den C  
prinzipielle  
gegenständliche  
das Haus in  
Finanzminister  
welchem er  
griff. Wäbr  
20 Millionen  
der Eisenbah-  
fende Jahr  
bringen in P  
Preußen a  
werth ersch  
gerung der  
und die ran  
(letzte in  
Etat 1885/  
an Zuden  
Bild. An  
erwarteter  
etwa 24 M  
Wege der  
gab der Mi  
der Regieru  
reichen me  
dieser Ausf  
vielleicht als  
schaftspolit  
konne auf d  
auch diesmal  
habe, als fr  
der der Fin  
geblüht habe  
vollständig  
wieder orga  
Reform der  
belämpft in  
mangelt, da  
als für die  
der Anprüd  
konserative  
in das Haus  
besteht, sei  
wirklich. (B  
die die Reg  
wurf zur B  
bringen. V  
vorlegen.  
verlagt.

g. Mi  
Nährlichen  
wird es vor  
die Maurere  
des Behiere  
zu beabsicht  
sei - Prädis  
Weiterbau  
Zimmer- u  
Bentramtal  
bis sämtlic  
liche Passus  
Lebensmittel  
Wochenmär  
stimmte, m  
11 000 Lu  
Neuen Frie  
Millionen  
fertiggestellt  
und darf ni  
dem Detail  
welche best  
Gendarmen  
des Oranien  
Beiriede ab  
von nur ei  
Gründen n  
der Arbeiter  
betrifft, so  
mit der Lep  
stehenden s  
dann erfolg  
in dem Ra  
vorgestern  
nach eine  
Bogen nah  
bauten über  
schlen, um  
dulte herbe  
g. Bot  
wachen, de  
dürstigen G  
leit der 1.  
hinreichend  
worden im  
brochener  
Fälle zur  
innere, 34  
In der Se  
ledigung, n  
im Hause  
622 Fälle  
173 Fälle  
der im Lau  
wurde im  
nicht erst  
fälligen, z  
berkrankte  
Eingreifen  
währt und  
Beizebens  
g. A  
gen viele  
renden En  
bahnen der  
seit dem  
dieses Mal  
bahnpächter  
freichen Lo  
benächtigt  
ne ganz be  
Frostwetter  
gefroren h  
wässer in  
Sprechfä  
Die erstere  
überzogen  
fassungen

Eisenbahnen für den Staat. Die Entwürfe bezwecken den Ankauf der Schleswischen, der Rünster-Eschebener und der Halle-Sorauer-Gubenener Bahnen, sowie die Uebernahme der Verwaltung und des Betriebs der Braunschweigischen Eisenbahn auf den preussischen Staat. Die Entwürfe werden nach kurzer Debatte an eine Kommission verwiesen. Namens der Fortschrittspartei erklärte der Abg. Büchtemann, daß die Entwürfe günstig gegenüberstehe und die prinzipielle Frage, ob Staats- oder Privatbahnpflicht, als gegenstandslos nicht wieder aufzuwerfen sei. Alsdann trat das Haus in die erste Beratung des Etats für 1885/86. Der Finanzminister v. Scholz gab das übliche Finanzprospekt, in welchem er zugleich auf die beiden vorhergehenden Etats zurückgriff. Während des Etatsjahrs 1883/84 einen Ueberschuß von 20 Millionen Mark ergeben habe, die fast ganz zur Tilgung der Eisenbahnkapitalschuld verwendet wurden, werde das laufende Jahr nur noch etwa 10 Millionen Mark Ueberschuß bringen in Folge des Ausfalls an Rübenzuckersteuer, der für Preußen allein 14 Millionen betrage. Bemerkenswerth erscheinen die Mittheilungen über die Steigerung der Einnahmen aus der Forst-Verwaltung und die rapide Verminderung der Einnahme an Gerichtslosten (letztere in zwei Etatsjahren um 11 Millionen Mark). Der Etat 1885/86 zeige in Folge der Mindereinnahmen des Reichs an Zucker- und Tabaksteuer ebenfalls ein minder günstiges Bild. An der Erhöhung der Matrikularbeiträge, die jetzt unerwarteter Weise nothwendig geworden, nehme Preußen mit etwa 24 Millionen Mark theil, von denen 22 Millionen im Wege der Anleihe aufgebracht werden müßten. Zum Schluß gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß die Politik der Regierung trotz der Opposition zum Segen des Vaterlandes gereichen werde. Der Abg. Richter unternahm die erste Kritik dieser Ausführungen, die sich nur lose an die Zahlen anknüpfte, vielmehr alsbald auf das weite Gebiet der Steuern und Wirtschaftspolitik überging. Der Redner bemerkte, der Finanzminister könne auf den vorliegenden Etat nicht stolz sein; wie er denn auch diesmal in einem weissen gedämpften Ton gesprochen habe, als früher. Von der Hoffnung und Befriedigung, mit der der Finanzminister früher auf die Reichswirtschaftspolitik geblickt habe, sei wenig mehr zu bemerken. Diese Politik habe vollständig Fiasko gemacht, das Tabakmonopol werde wohl wieder vorgeschlagen werden, das man so vorzüglich an der Reform der Zucker- und Spirituosensteuer vorübergehe. Redner belächelt insbesondere die Erhöhung der Getreidezölle, bemängelt, daß für die Universitäten mehr Geld ausgelegt sei, als für die Volksschulen, während nicht einmal das Minimum der Ansprüche der emeritirten Volksschullehrer erfüllt sei. Die konservative Partei, welche vor drei Jahren so festiglich in das Haus eingeschlagen sei und in demselben die Majorität bestimme, sei für die Mißfolge des Finanzministers mitverantwortlich. (Beifall links.) Der Abg. v. Reddy-Neukirch vertheidigte den Etat gegen den Angriff Richters und forderte u. A. die Regierung auf, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf zur Besserstellung der Lage der emeritirten Lehrer einzubringen. Andersfalls werde er einen solchen Entwurf selbst vorlegen. Die Weiterberatung wurde schließlich auf morgen vertagt.

### Lokales.

1. Mit der Eröffnung und Inbetriebnahme der städtischen Zentralmarkthalle in der Neuen Friedrichstraße wird es vorläufig nicht werden. Ganz abgesehen davon, daß die Maurerarbeiten an der zu errichtenden Anschlussbahn wegen des Bestehens des Mörtels wieder eingestellt werden müßten, so beachtlich der Magistrat, wie aus seiner gegen das Polizei-Präsidium beim Bezirksauschuß in Sachen des inbisherigen Weiterbaus der Markthallen in der Dorotheenstraße resp. Zimmer- und Lindenstraße erhobenen Klage hervorgeht, die Zentralmarkthalle nicht eher dem Betrieb zu übergeben, als bis sämtliche 4 Markthallen fertiggestellt sind. Der bezüglich Passus der Klage lautet: „Die für den Großhandel mit Lebensmitteln, vorzugsweise aber auch für die Aufhebung der Wochenmärkte des Alexanderplatzes und Neuen Marktes bestimmte, mit der Eisenbahn verbundene, eine Fläche von 11000 Quadratmeter bedeckende Zentralmarkthalle in der Neuen Friedrichstraße ist mit einem Kostenaufwand von ca. 5 Millionen Mark für Grunderwerb und Bauloften nahezu fertiggestellt. Ihre Eröffnung und Inbetriebnahme konnte und darf nicht eher erfolgen, als bis diejenigen, vorzugsweise dem Detailverkehr dienenden Markthallen der inneren Stadt, welche bestimmt sind, den Wochenverkehr des Dönhofsplatzes, Gendarmenmarktes, Halleschen-, Potsdamer- vielleicht auch des Oranienburger Thores aufzunehmen, fertig gestellt und dem Betriebe übergeben sein werden. Denn die theilweise Säkulation von nur ein oder zwei Wochenmärkten ist aus zwingenden Gründen nicht thunlich.“ Was nun den gegenwärtigen Stand der Arbeiten an der Zentralmarkthalle und der Anschlussbahn betrifft, so ist erseht bereits soweit fertiggestellt, daß demnächst mit der Legung des aus kleinen quadratischen Platten bestehenden steinernen Fußbodens begonnen werden kann. Sodann erfolgt die Einrichtung der diversen Lokalküchen, welche in dem Markthallenbau ihren Platz erhalten sollen. Die seit vorgestern eingestellten Arbeiten an der Anschlussbahn werden noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, obgleich die Bogen nahezu fertiggestellt sind, und die eisernen Brückenbauten über der Kaiser-Wilhelm- und der Kochstraße nur noch fehlen, um die Fertigstellung dieser beiden verlängerten Viadukte herbeizuführen.

2. Von dem hohen Nutzen der Berliner Sanitäts- wachen, deren baldige Vermehrung im Interesse der hilfebedürftigen Menschheit liegen würde, liefert die bisherige Thätigkeit der 1. Berliner Sanitätswache in der Brüderstraße einen hinreichenden Beweis. Diese Wache ist gegründet und eröffnet worden im April 1872 und befindet sich seitdem in ununterbrochener Wirksamkeit. Es sind in der genannten Zeit 6875 Fälle zur Behandlung gekommen, und zwar betrafen 3252 innere, 3462 äußere Krankheiten und 161 geburtsärztliche Fälle. In der Sanitätswache selbst fanden 4077 Fälle ihre Erledigung, während bei den 2798 Fällen ein Besuch des Arztes im Hause der Erkrankten stattfand. Im Jahre 1884 wurden 622 Fälle behandelt, davon wurden 499 in der Wache und 173 im Hause der Patienten erledigt. Diese höchste Piffer wurde im Jahre 1877 erreicht; sie betrug 820. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, in welcher einer großen Anzahl von Fällen, z. B. bei schweren Verletzungen oder bei solchen Kinderkrankheiten, welche wie Bräune und Diphtheritis, schleuniges Eingreifen des Arztes verlangen, die Sanitätswache sich bewährt und wiederholt Menschenleben sie innerhalb ihres 13-jährigen Bestehens gerettet hat.

3. „Also doch!“ — so sagten sich wohl am Sonntag Morgen viele Bänder künstlicher Eisbahnen, als sie nach fortwährenden Enttäuschungen endlich in der Lage waren, ihre Eisbahnen dem Publikum zu eröffnen. Tag und Nacht hatte man seit dem am Freitag eingetretenen Frost gegoffen und daß dieses Mal die Kusbauer belohnt werden sollte, setzte den Eisbahnführern die reiche Einnahme, welche sie vorsehern einstreichen konnten. Die trübe Stimmung, welche sich ihrer bereits bemächtigt hatte, ist wieder gänzlich vergessen und nun hoffen sie ganz bestimmt auf ein längeres Anhalten des gegenwärtigen Frostwetters. Wie stark es aber auch in den letzten Nächten gefroren hat, beweisen nicht nur die gänzlich zugefrorenen Gewässer in der nächsten Umgebung von Berlin, sondern die Sprechreifen und die Spruce im Mittelpunkte Berlins selbst. Die ersteren waren bereits vorgestern mit einer starken Eisdicke überzogen und auf der Spruce konnte man an den Uferansammlungen große Flächen gefroren sehen. Recht unangenehm

für die Passanten wehte am Sonntag der scharfe und kalte Ostwind, welcher die Nasen röthete und einem die Kälte bis ins Mark trieb. Allen Anschein nach beginnt jetzt erst der eigentliche Winter und so stehen uns noch all die Freuden und Leiden bevor, an die wir bald nicht mehr gedacht hätten.

4. Im Berliner Omnibusverkehr besteht immer noch eine Einrichtung, die endlich abgestellt werden müßte, um die Wünsche des Publikums zu berücksichtigen. Ist der Omnibus in seinem Innern besetzt, so erstreben männliche Passagiere das Oberdeck, wenn es ihre Zeit nicht gestattet, auf einen anderen Omnibus der betreffenden Linie zu warten, in welchem sie einen freien Platz vermuten. Leert sich nun unten der Omnibus, so muß der Deckpassagier noch einmal das Fahrgeiß entrichten, will er im Innern des Omnibus Platz nehmen. Bei der Pferdebahn ist ein derartiges Mißverhältnis nicht zu verzeichnen. Hier kann der Passagier unbehindert „oben“ oder „unten“ Platz suchen, der Preis ist derselbe. Wenn etwa eingewendet werden sollte, daß ja die ganze Tour im Innern eines Omnibus 20 Pf. kostet, während der Preis für dieselbe auf dem Verdeck nur 10 Pf. beträgt, so könnte das Wechseln des Platzes einfach nur auf Theilstreifen statthaft sein oder der Passagier, welcher vom Verdeck sich nach dem Innern begeben will, zahlte außerhalb der Theilstreife die Differenz von 10 Pf. nach. Mit einer Aenderung in diesem Sinne würde dem Omnibusverkehr sicher gebient sein.

5. Ein bedeutender Einbruchdiebstahl ist gestern Mittag in der Wohnung des Postleiters Sch., Friedenstraße 12, verübt worden. Während der Abwesenheit des Bestohlenen verließen Diebe die Eingangstür zu der im Parterre-Gebäude belegenen Wohnung mittelst Nachschlüssels zu öffnen und da ihnen dies nicht gelang, so erdrachten sie die Thür mit einem Brecheisen. In der Wohnung selbst wurden einige Schränke erbrochen und daraus nur Werthpapiere gestohlen, und zwar 2 Stück Eisenbahn-Aktien-Dwang, Dombrowa = 400 Mark Nr. 073768/4; fünf Stück 5 proz. jährliche Staats-Eisenbahn-Obligationen a 400 Mark Nr. 119035-9; sieben Stück 5 proz. jährliche Rente a 400 Mark, Nr. 60170-8; eine 5 proz. Rumänische amortisirte Rente a 4000 Mark, Nr. 053111; ein Rumänische Pfandbrief über 300 Thaler und zwei andere über 600 und 1500 Thaler. Die Diebe sind bis jetzt nicht ermittelt.

6. Eine Messeraffaire, die mit den lebensgefährlichen Verletzung eines Menschen endete, spielte sich am Sonntag Abend in der Glanstraße resp. in den angrenzenden Straßen ab. Mehrere Schlächtergesellen, die in der dort gelegenen Herberge zu verkehren pflegten, waren aus nicht bekannt gewordenen Veranlassung in einen Wortstreit gerathen, der bald zu Thätlichkeiten überging, in dessen weiteren Verlauf einer der Kombattanten, der Schlächtergeselle Müller, von seinen Gegnern einen derartigen Messerschlag ins Gesicht erhielt, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Der Verwundete wurde nach dem 27. Polizei-Revier geschafft und von dort, nachdem ihm ein Rothweibband angelegt worden, nach einem Krankenhause überführt. Die Messerhelden sollen noch nicht ermittelt sein.

7. Einen blutigen Abschluß fand am Sonnabend Abend eine Liebesgeschichte, die sich theilweise in der Druckerei des „Berliner Volksblatt“ abspielte hatte. Die daselbst beschäftigte Bogenfängerin Emma Gerles hatte längere Zeit mit dem Drehtreiber Böhm ein Liebesverhältnis unterhalten. Sie schien jedoch dieses Verhältnis abbrechen zu wollen und knüpfte mit dem ebenfalls in der Druckerei des „Berliner Volksblatt“ beschäftigten Punkterer Karp neue Beziehungen an. Es war nun schon einige Tage vorher zwischen den beiden Nebenbuhlern zu ziemlich erregten Auseinandersetzungen gekommen, da keiner von Beiden von dem Mädchen lassen wollte. Am Sonnabend Nachmittag ließ sich Karp seinen Lohn schon vor der bestimmten Zeit auszahlen und verwandte denselbe theilweise zum Ankauf eines Revolvers. Am Abend kam Böhm auf den Hof der Druckerei, um seiner Braut Vorwürfe über ihr Verhalten zu machen. Auch Karp erschien bald darauf und schoß im Laufe des Gesprächs zweimal auf seinen Rivalen. Ein Schuß traf denselben in den Hals, der andere in den Rücken. Die Verletzungen sollen sehr schwer sein, und es erscheint zweifelhaft, ob der Verwundete überhaupt am Leben erhalten werden kann. Karp, der nach der That entflohen, wurde am Sonntag verhaftet. Ebenso wurde die Frauensperson in Untersuchungshaft genommen.

### Gerichts-Zeitung.

8. Eine die Geschäftspraxis einzelner Armeelieferanten illustrirende Verhandlung fand gestern vor der dritten Strafkammer dieses Landgerichts I statt. Die erhobene Anklage lautete auf Bestechung und Beleidigung des Sergeanten im 2. Garderegiment zu Fuß, Roman und richtete sich gegen den Kaufmann J. Weisk aus Duisburg. Auf Grund einer Verfügung des Kriegsministeriums ist seit dem Jahre 1884 für die einzelnen Regimenter eine neue Art von Submissionen der verschiedenen Bedarfsartikel eingeführt worden, wonach eine Anzahl lieferungsfähiger Häuser zunächst zur Einreichung von Proben und, wenn diese für gut befunden worden, zur Angabe ihrer Preise aufgefordert werden. Die Proben müssen so beschaffen sein, daß der Einsender nicht erkennlich wird und die Ertheilung des Zuschlages erfolgt ohne Rücksicht auf die Person, lediglich nach Ausfall der Proben an den Mindestfordernden. Der Angeklagte, welcher bereits für eine größere Anzahl von Regimentern die Lieferungen für Leder übertragen erhalten hatte, bewarb sich im Februar v. J. auch um die Lieferung für das 2. Garderegiment zu Fuß. Schon vor der Ausschreibung hatte er dem Regiments-Zahlmeister Arnold seinen Besuch gemacht, demselben die Vortheile auseinanderzusetzen, die für das Regiment aus der Uebertragung der Lieferungen an ihn erwachsen würden und ihn um sein Wohlwollen ersucht, dabei auch von Dankbarkeit gesprochen. Der Zahlmeister erklärte dem Angeklagten, daß er auf die Zuertheilung der Lieferungen gar keinen Einfluß habe und wies daher jeden Dank zurück. Einige Tage vor dem zum 22. festgesetzten Submissionstermin stattete der Angeklagte auch dem Präses der Beleidigungs-Kommission, Oberstleutnant v. Lohberg seinen Besuch ab, bei welchem er darauf hinwies, wie leicht es für die Regimentshandwerker, welche bei der Beurtheilung der eingegangenen Proben hinzugezogen zu werden pflegen, sei, auf denselben auf den Einsender zu schließen, so daß sie auf diese Weise gewisse Lieferanten zu bevorzugen vermögen. Dieses Bedenken leuchtete dem Oberstleutnant v. L. ein und er zog zur Beurtheilung der eingegangenen Proben einen Gelehrten aus dem Regiment hinzu. Bei der Submission selbst erhielt der Angeklagte den Zuschlag für zwei Ledersorten; für Brandschuhleder wurde der Zuschlag einem anderen Lieferanten ertheilt. Noch am demselben 22. Februar ließ der Angeklagte den Regimentschuhmacher Sergeanten Roman zu sich entbieten und soll bei dieser Gelegenheit versucht haben, auf denselben einzuwirken, wobei er gleichzeitig mehrfach auf dessen geringes Gehalt Anspielungen machte. Roman, der diese Zusammenkunft als einen Bestechungsversuch des Angeklagten aufgefaßt hat, machte in den ersten Tagen des März er. dem Oberstleutnant v. Lohberg Mittheilung hieron mit dem Hinzufügen, daß derselbe eine zweite Annäherung nicht wieder versuchen werde. Oberstleutnant v. Lohberg, welcher aus mehreren Mittheilungen des Kriegsministeriums Kenntniß davon hatte, daß schon mehrfach Bestechungsversuche in der Armeee vorgenommen seien, ging nach Lage der Sache auf diesen Fall nicht weiter ein und belohnte den Beamten ob seines Verhaltens. Am 22. April fand die Abnahme der ersten Lieferung an Leder seitens des Angeklagten statt, deren Werth etwa 12000 Mark betrug. Auch bei dieser Gelegenheit hatte sich der Angeklagte hier eingefunden und dem Annahmestatt beige-

wohnt. Von sämmtlichen Häuten ist nur eine beanstandet worden, während Roman als ausgezogener Sachverständiger bei 16 Häuten ganz unerhebliche Mängel herausgefunden hatte. Oberstleutnant v. Lohberg erklärte dem Angeklagten nach der Abnahme des Leders, er werde Probeversuche mit den Stiefeln aus dem gelieferten Leder ausführen lassen und, wenn sich diese bewährten, eine weitere Lederbestellung machen. Am Abend des genannten Tages ließ der Angeklagte den Sergeanten Roman aus seiner Wohnung holen, um mit ihm noch einige Glas Bier zu trinken, bevor er die Rückreise nach dem Rhein antrete. Nach der Befragung des Roman hat ihn der Angeklagte gleich beim Eintritt in das Lokal einige zusammengekniffene Geldscheine zugesteckt und er hat sich nachher überzeugt, daß es 250 Mark in Banknoten resp. Reichsbankenscheinen waren. Roman hat einige Tage darauf dieses Geld mit der Anzeige, daß ihn der Angeklagte damit habe bestechen wollen, dem Zahlmeister Arnold abgefordert und dabei angegeben, daß er die Meldung an den Oberstleutnant von Lohberg sofort habe machen wollen, daß er denselben aber mehrmals nicht angegriffen habe. Unmittelbar nach dieser Anzeige erhielt Oberstleutnant v. Lohberg Kenntniß von derselben. Gleichzeitig ertheilte ihm der Regimentskommandeur den heftigen Auftrag, den Zahlmeister Arnold direkt zu interpelliren, ob der Angeklagte auch ihm gegenüber einen Bestechungsversuch gemacht habe. Nach der eidlischen Befragung des Oberstleutnant v. L. hätte der Zahlmeister dem Sinne nach geantwortet, der Angeklagte habe ihm bei seinem Besuche eine Provision von 10 pSt. geboten, die er aber ausgeschlagen habe. Er habe dann noch seinem Erkauten Ausdruck gegeben, daß dann ja mit den 250 Mark, die der Angeklagte an Roman gegeben, von dem vom Fiskus gezahlten Preise 12 pSt. abgingen, worauf der Zahlmeister diese Berechnung geprüft und für richtig befunden habe. Zahlmeister Arnold bezeugte dagegen eidlisch, daß hier ein Mißverständnis obwalten müsse; der Angeklagte habe ihm kein Geschenk angeboten oder gewährt, sondern nur in allgemeinen Redensarten von seinem Dank und davon gesprochen, daß der Staat bei einer Lieferung durch ihn mindestens 10 pSt. gewinnen werde. Infolge der Anzeige des Roman und der vermeintlichen Erklärung des Zahlmeisters Arnold beantragte Oberstleutnant v. L., den Angeklagten von den ferneren Lieferungen auszuschließen und eine neue Submission ausschreiben zu dürfen. Später soll hierauf eine Verfügung des Kriegsministeriums an sämmtliche Regiments-Befehlshaber-Kommissionen ergangen sein, den Angeklagten wegen versuchter Bestechung künftig von allen Lieferungen auszuschließen. Obgleich sowohl die ganze Untersuchung gegen den Angeklagten beim Militär äußerst sekret behandelt und auch die betr. Verfügung in sehr sekretar Weise verbreitet wurde, erhielt der Angeklagte im August v. J. auf der Frankfurter Messe durch einen anderen Armeelieferanten doch Mittheilung von diesen Dingen, er war wie aus den Wollen gefallen und sandte unter dem 8. August ein längeres Rechtfertigungs-schreiben an den Oberstleutnant v. L., in welchem er jeden Bestechungsversuch zurückwies. Richtig sei, daß er zweimal mit Roman zusammengetroffen sei. Das erste Mal habe er nur um Auskunft gebeten, warum ihm nicht der Zuschlag für das Brandschuhleder ertheilt sei und gesprächsweise habe er an die Ausführungen des Abg. Eugen Richter über die Thätigkeit der Militärhandwerker angeknüpft und gefragt, ob durch die im Reichstage angenommene Resolution das Einkommen der Militärhandwerker gemindert worden sei. Bei der weiteren ganz harmlosen Begegnung mit Roman habe ihn dieser erzählt, daß er in Folge eines Gefälligkeits-Akteis 400 Mark aufzubringen habe. Nur um ihn aus dieser Verlegenheit zu helfen, habe er ihm die Summe von 250 Mark, die er gerade bei sich führte, gegeben und wenn Roman jetzt von einem Bestechungsversuch spräche, so müsse er annehmen, daß eine schändliche Intrigue gegen ihn geiponnen sei. Nunmehr stellten die Militärbehörden den Strafantrag. Der Angeklagte behauptete die Wahrheit der in seinem Briefe gegebenen Darstellung und deutete an, daß die Intrigue gegen ihn wohl von dem früheren Lieferanten Becker ausgegangen sein werde. — Sergeant Roman stellte eidlisch die Sachdarstellung des Angeklagten in Abrede und bezeugt, weder Schulden noch einen Wechsel in der Hand gehabt zu haben. Dem Becker habe er Mittheilungen über die Vorfälle mit dem Angeklagten nicht gemacht. — Stadtsoldat Hüter, der früher Regimentshandwerker beim 3. Garde-Regiment war, bezeugte, daß Becker ihn und den Schuhmachermeister, wenn sie einzelne Leder von ihm holten, stets aufgefordert habe, dafür zu sorgen, daß er auch die Lieferung für dieses Regiment erhalte. Er habe für diesen Fall eine anständige Vergütung versprochen. — Nachdem noch ein Zahlmeister dergutachtet, daß die vom Angeklagten gelieferten Leder stets von der besten Qualität waren, plaidirte Staatsanwalt Dr. Stephan auf Schuldig wegen beider Vergehen und beantragte wegen der Beleidigung drei Wochen, wegen der Bestechung dagegen sechs Monate Gefängniß und ein Jahr Strafbaustrafe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Thelen beanspruchte bezüglich der Beleidigung den Schuß des § 193 für seinen Klienten und führte bezüglich der Bestechung aus, daß selbst wenn die Aussage des Roman auf Wahrheit beruhen sollte, die 250 Mark nicht gegeben sein können für eine von demselben zu begebende pflichtwidrige Handlung. Roman sei aber in hohem Maße interessiert. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten von der Anklage der Beleidigung frei, verurtheilte ihn dagegen wegen Bestechung zu sechs Wochen Gefängniß, indem er dem Roman vollen Glauben schenkte und annahm, daß derselbe bei Abnahme der Leder pflichtwidrig verfahren sollte.

### Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

9. Von Herrn Bernhard Joseph erhalten wir das folgende Schreiben. Wir geben demselben Raum, weil wir von der Ansicht ausgehen, daß man auch den Segner hören soll. „Die No. 11 und 12 vom 14. und 15. Januar cr. Ihres geschätzten Blattes“, so heißt es in dem Schreiben, „enthaltene mehrere Berichte über die in meiner Fabrik erfolgte Arbeitseinstellung. Ich erlaube mir hiermit Sie um Veröffentlichung nachstehender Ergebenisse zu bitten. Die zum Betriebe meiner Maschinen erforderliche Dampfkraft wird mir von dem Besitzer des Grundstückes für 10 Stunden pro Tag gegen entsprechende Vergütung geliefert, und zwar arbeitet die Maschine im Sommer Vormittags von 6-12, Nachmittags von 1-6 Uhr, im Winter Vormittags von 7-12, Nachmittags von 1-7 Uhr mit je einhalbstündiger Unterbrechung für Frühstück und Besper. Um diese Kraft zu verwerten, entschloß ich mich, die bis dahin 9 1/2 stündige Arbeitszeit entsprechend dem Gange der Maschine auf 10 Stunden zu erhöhen, in welchem Verfahren ich durchaus keine Härte erblicken konnte, da die gleiche Arbeitszeit in sämmtlichen Fabriken meiner Branche und fast ausnahmslos in allen Metallwarenfabriken Berlins besteht. Es involvire diese Maßregel allerdings eine Verlängerung der Mittagspause, die ich von vornherein im Interesse meiner Arbeiter bedauerte. Als nun dieselben bei mir darüber vorstellig wurden, suchte ich sie zu veranlassen, indem ich eine Veränderung im Gange der Maschine anstrebte, derartig, daß sie Nachmittags um 1 1/2 Uhr zu arbeiten anfangen und anstatt dessen die Besperzeit fortsetzen sollte. Leider stieß ich in diesem Bemühen bei meinen Mittheilern auf Widerstand. Um nun dem Wunsche der Besperzenten zu entsprechen, traf ich folgende Maßregel: Die bei mir beschäftigten Arbeiter sind in drei Kategorien einzutheilen. 1. Die Zusammenleger, welche, weil sie der Dampfkraft nicht bedürfen, vom Gange der Maschine unabhängig sind. Diesen gewährte ich die 1 1/2 stündige Mittagspause, hingegen sollte die Besperzeit fortfallen. 2. Die Arbeiter zur Bedienung der

Werkzeugmaschinen, welche sämmtlich unverheiratete, im jugendlichen Alter stehende Leute sind, und welchen eine einstündige Mittagszeit genügt. In der That hat denn auch die größere Zahl derselben und gerade diejenigen, welche am längsten bei mir beschäftigt sind, die Arbeit fortgesetzt, während sie niedergelegt wurde von einigen jugendlichen Arbeitern. 3. Die Dreher, welche mit Dampfkräften arbeiten. — Ein Theil derselben wohnt so entfernt, daß er gar nicht nach Hause geht, sondern die Mittagszeit in der Fabrik zubringt; ein anderer Theil ist in nahe gelegenen Restaurationen oder wohnt so nahe, daß er ohne besondere Unzuträglichkeiten die vorgeschriebene Zeit inne halten kann. Um den dann noch Uebrigbleibenden es zu ermöglichen, das Mittagmahl in ihrer Familie einzunehmen, welchen Wunsch ich ja selber als berechtigt anerkennen mußte, hatte ich mich bereit erklärt, mit den Einzelnen zu unterhandeln und die Mittagspause je nach Bedürfnis um eine Viertel oder halbe Stunde zu verlängern. Ich schließe meine Darstellung, indem ich an ein größeres, unparteiisch denkendes Publikum appellire, damit es entscheide, ob hier Grund zu einem Streike vorliege. Hochachtungsvoll Bernhard Joseph."

h. Die neueste Versammlung der streikenden Stein- u. Knopfmacher der Markter'schen Fabrik fand am Sonntag, den 18. d. M., Vormittags im Lokal von Bellin vor dem Schlesischen Thor unter Leitung des Drechslers Julius Müller, des Vorsitzenden der Streikkommission, statt. Die Streikenden, ca. 100 Mann, wie es hieß, waren vollständig in der Versammlung erschienen. Unter Anderem gelangte ein von Herrn Markter an die Streikenden gerichtetes Schreiben zur Verlesung, in welchem er dieselben aufforderte, am 19. d. M., entweder die Arbeit zu dem bekannten, von ihm vorgelegten Tarif in seiner Fabrik wieder aufzunehmen, oder sich als entlassene zu betrachten. Wie man sich erinnert, kommt dieser Tarif einer Lohnreduktion von ca. 45 Prozent unter dem bis Neujahr gültig gewesenen Tarif gleich, wogegen der von den Arbeitern der Fabrik aufgestellte Tarif, zu welchem sie die Arbeit fortsetzen würden, gegenüber den vor der Arbeitseinstellung gezahlten Alfordlöhnen ebenfalls einen Preisnachlaß, aber nur von ca. 5 Prozent enthält. Der Referent der Versammlung, machte den Streikenden Mitteilung von der nun erzielten, fast ausnahmslosen Beilegung aller hiesigen Gewerkschaften und Korporationen der Arbeiter an der Unterstützung des Stein- u. Knopfmacher-Strikes, außerdem verlas er einen aus Köln a. Rh. an ihn resp. die Kommission hierher gelangten Brief der Kölnischen Knopfmacher. Dieselben bitten — im Einverständnis mit mehreren großen Fabrikanten der Branche, zum Theil im Auftrage derselben — die hiesige Streikkommission um baldigste genaue Aufschlüsse über die beim Markter'schen Strike in Betracht kommenden Lohnreduktionen, indem sie zugleich erklären, daß jene Fabrikanten unter gewissen Voraussetzungen fest entschlossen sein würden, die streikenden Berliner Knopfmacher der Markter'schen Fabrik energisch und nachhaltig zu unterstützen, da sie sich als Fabrikanten und ebensowenig ihre Arbeiter mit den verjagten Berliner Lohnreduktionen und den dadurch ermöglichten Preisherabsetzungen der Fabrikate einverstanden sein könnten. Nach kurzer Diskussion, in welcher sich abermals sämmtliche Redner ganz entschieden gegen die Wiederannahme der Arbeit unter den jetzigen Bedingungen des Herrn Markter ausgesprochen, wurde in der darauf mittelst Stimmzettel vorgenommenen geheimen Abstimmung mit Stimmeneinheit beschlossen, „den gerechten Kampf um die Existenz nicht nur der Berliner Knopfmacher, sondern gewissermaßen aller deutschen Knopfmacher bis zum endlichen unausbleiblichen Siege konsequent durchzuführen, im festen Vertrauen auf das Solidaritätsgefühl der gesamten deutschen Arbeiterwelt“. Schließlich berichtigen wir noch gleich hier und auf spezielles Ansuchen des Herrn Julius Müller eine am Schlusse der vorigen Woche durch mehrere hiesige Tagesblätter gegangene, auf starker Uebertreibung durch einen Berichtestatter beruhende Notiz. Derselben zufolge hätten, als Herr Müller am vorigen Donnerstag (den 15. d. M.) die Patrouillen der Streikenden unweit der Markter'schen Fabrik kontrolliren wollte, drei Schuppleute eine „Hejzagd“ auf ihn (Hrn. Müller) angesetzt und seien ferner die Patrouillen der Streikenden durch Schutzmänner zu Fuß und zu Pferde aus der unmittelbaren Nähe der Fabrik „vertrieben“ und „bis nach dem Markgrafendamm zurückgedrängt“ worden. Das vorstehende Jogg- und Geschichtsbild, so interessant es sich auch ausnehmen möge, sei, so versichert uns Herr Müller, sensationell aufgebauscht. Wahr daran sei nur, daß auf Anordnung der Polizei die Aufstellung von Beobachtern in der nächsten Umgebung der Fabrik verboten und den betreffenden Arbeitern befohlen worden, ihre Positionen zu verlassen. Alles das geschah in voller Ordnung, von einer „Hejzagd“ der berittenen Schuppleute auf ihn sei ebensovienig die Rede gewesen. Die Schuppleute seien nur längere Zeit neben ihm hergeritten und hätten sich, wie es schien, absichtlich laut in allerlei absonderlichen Redensarten geäußert. Die Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Fabrik- und Handarbeiter, b. G., eingeschriebene Hilfskasse, Sitz Breiten, Filiale Berlin, hielt am Sonntag, den 18. d. M., Vorm. 10 Uhr eine von ca. 200 Mitgliedern besuchte Versammlung in Nieß's Salon, Kommandantenstr. 72 ab. Der

Rassirer, Herr Böfel, theilte die bis alt. Dezember stattgehabten Einnahmen und Ausgaben, sowie den verbleibenden Bestand mit; dann belundete einer der Revisoren, im Namen seiner beiden Kollegen, daß das vom Kassirer publizierte Resultat von ihnen für richtig befunden worden ist. Im zweiten Punkt wurde der Vorstand ersucht, die Mitglieder, die sich in dem bisherigen Geschäftsgang befinden, auszurufen, was er versprach und wofür er besonders die männlichen Mitglieder um ihren Beistand ersuchte. Alsdann wurden 20 Delegirte gewählt, welche versprachen, bei der General-Versammlung die Wünsche, betreffs verschiedener Abänderungen resp. Verbesserungen in unserer Filiale, ihrer Wähler, voll und ganz zur Geltung zu bringen. Den Mitgliedern nochmals zur Beachtung, daß in folgenden Zahlstellen jeden Sonnabend Abend von 8—10 Uhr Beiträge entrichtet sowie Aufnahmen vollzogen werden können: 1. Prinzenstr. 93, bei Heilgans. 2. Andreasstr. 3, bei Stange. 3. Waldfeststr. 74, bei Rauna. 4. Adlerstr. 25, bei Herzog. 5. Brigwalde str. 14 (Moabit), bei Obst. 6. Weisenburgerstr. 7, bei Rag. 7. Chausseest. 78, Ecke der Bopenstr., bei Müller. 8. Weinstr. 23, bei Hebel. 9. Lausitzerstr. 52, Ecke der Staligerstr., bei Rieche. 10. Mariendorferstr. 11, bei Basse. 11. Magdeburgerstr. 16, bei Hildebrandt. Die Krankmeldung eines Mitglieds hat beim Bevollmächtigten R. Denzig, Postenstraße 36, Hof 3 Trp. Sprechst. Wochentags von 12—1 Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr Mittags, zu geschehen. Bei schriftlicher Krankmeldung ist das Mitgliedsbuch einzusenden nebst ganz genauer Angabe der Wohnung sowie Befügung einer 10 Bgr.-Marke für portofreie Zustellung des Krankenscheines. Das Krankengeld ist beim Kassirer Herrn Oskar Böfel in Empfang zu nehmen. Derselbe wohnt Wangstr. 98 vorn 3 Tr. Sprechst. 6 1/2—7 1/2 Uhr Abends.

Die erste diesjährige Generalversammlung der Schlosser und Berufsgenossen fand unter sehr zahlreicher Theilnahme (ca. 800 Personen) am Sonntag Vormittag unter Vorsitz des Herrn Bogoldi in der „Urania“, Wrangelei 9—10 statt. Herr Riethe, Vorsitzender der Lohnkommission der Schlosser, sprach über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Rückblicke auf die Lohnbewegung“. Derselbe war in der Lage zu konstatiren, daß die Bewegung in erfreulichem Wachsthum begriffen sei. Durch die Initiative des Fachvereins der Schlosser ins Leben gerufen, haben sich bereits über hundert Werkstätten mit zusammen 1200 Arbeitern an der Lohnbewegung theilhaftig und fanden in den 5 Monaten des Bestehens 7 General-Versammlungen, 2 Delegirtenversammlungen und 11 Kommissionssitzungen statt, ein Beweis, daß die Lohnkommission mit Eifer und Energie ihrer Bestimmung obgelegen. Außerdem fanden 4 Ergänzungswahlen statt. Auch die Theilnahme der Kollegen ist eine recht erfreuliche zu nennen, sodas der Generalunterstützungsfonds zu einer solchen Höhe angewachsen ist, daß die Kommission Gemuthregie voll und ganz zu unterstützen im Stande ist. Angesichts dieser Thatfachen sprach Herr Riethe die Hoffnung aus, daß auch im neuen Jahre derselbe gute Geist die Kollegen beselen und die Bewegung noch mehr wachsen und gedeihen möge. In demselben Sinne sprachen sich mehrere Redner aus und führte die Diskussion schließlich auf das Gebiet der allgemeinen Lage, und wurde in Folge dessen der Antrag eingebracht, eine Petition an den Reichstag zu richten um Abschaffung der Sonntagsarbeit und Einführung eines Normalarbeitstages. Der Antragsteller gerieth bei Motivirung dieses seines Antrages zu sehr in politisches Fahrwasser, sodas trotz der Warnung des Vorsitzenden die schließliche polizeiliche Auflösung herbeigeführt wurde. Die Versammlung konnte demzufolge den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Können wir unsere Forderungen schon in diesem Jahre durchführen?“ nicht erledigen und findet deshalb am nächsten Sonntag wiederum eine öffentliche Versammlung in demselben Lokale mit der gleichen Tagesordnung statt.

Die Hauptversammlung der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen, E. G. (Offenbach a. M. Verwaltungsstelle Berlin) fand am Sonntag Nachmittag in den unteren Sälen der Gratweil'schen Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79 statt. Herr Richter gab zunächst eine allgemeine Uebersicht über die Verhältnisse der Kasse, woraus zu entnehmen, daß die Kasse in Deutschland 80 Verwaltungsstellen und 16000 Mitglieder hat. Davon entfallen auf Berlin allein 4270 Mitglieder der Reservefonds beträgt 20000 M., das Betriebskapital 16000 M. Der Kassendirektor des Herrn Schneider weist per 4. Quartal 1884 auf an Einnahmen 7278 M., an Ausgaben 932,40 M. Bestand 6345,60 M.; davon nach Offenbach an die Zentralstelle gesandt 6000 M., bleiben 345,60 M. Hier- von verzinslich angelegt 300 M., bleibt Bestand 45,60 M. Außerdem hat die Verwaltungsstelle Berlin bei der Zentralstelle Offenbach a. M. ein Guthaben von 146,60 Mark. Nach ertheilter Decharge fand die Neuwahl des Gesamt-Vorstandes statt und wurde zum Vorsitzenden Herr Richter, zum Kassirer Herr Schneider, zum Kontrolleur Herr Möhring wiedergewählt, ferner zu Beisitzern Frau Bein, Frau Wurche, Frau Schneider, Frau Schafel, Frau Leibing, Frau Meier, Frau Vieh, Frau Dartram. Ferner beschloß die Versammlung,

die Verwaltung Berlin zu beauftragen, bei der im Frankfurt a. M. stattgefundenen Generalversammlung die Höhe der wöchentlichen Krankenunterstützung von 1 Mark, sowie eine Medizinaleinsparung für arbeitsfähige Mitglieder in Höhe von 3 Mark pro Woche zu beantragen. Barmen, 16. Januar. Gestern haben bei dem bürgermeister Verhandlungen einer Deputation der Arbeiter der Firma Böttmann u. Co. mit Vertretern der Firma stattgefunden, deren Ergebnis war, daß den Durchschnittsarbeitern und den Pressern der im letzten gezahlte Lohn angeboten und von einer Probezeit angenommen wurde. Den Trambouleuren wurde schon von der Firma der geforderte Lohn bewilligt. Bei einer Zukunft der streikenden Arbeiter Nachmittags wurde seitens der und Durchschnittsarbeiter erklärt, daß sie auf die Probe der Firma einzugehen gewillt seien; die Presser erklärten, daß sie mit einem solchen Lohne nicht bestehen könnten, ihrer Forderung festhielten. Nunmehr wurde auch den übrigen Arbeitern beschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis für alle Arbeiter der geforderte Lohn ausgesetzt sei. — Der vor etwa 10 Wochen erfolgte Streik der Arbeiter von der Firma Schiewind u. Schmidt ebenfalls nicht beendet. Das Komitee der streikenden Arbeiter erließ Aufruf, in dem es heißt: „Unterliegen wir, so steht unsere Lohnreduktion in Aussicht.“

Der Fachverein der Tischler hält seine Generalversammlung am Mittwoch, den 21. d. M., Grünstr. 23, ab. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Arbeitsvermittler pro IV. Quartal 1884. 2. Arbeitsvermittler. Bericht des Berganigungs-Komitees. Vorstandsmittglied und eines Mitglieds in die Kommission zur Ausarbeitung einer Berufsstatistik. 2. Bericht der Bergs Kommission und Vorlegung des Fragebogens zur Bearbeitung der Berufsstatistik. 3. Verschiedenes. 4. Buch legitimirt. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Massenball am 24. d. M. im Schützenhause sind wir rathig und in der Versammlung u. zu haben; die Billets zu ermäßigten Preisen zum Panoptikum, Kassenverein Berliner Bildhauer. Heute 9 Uhr Vortrag des Herrn Schwennhagen über „Die Kunst der Lämpferin des Menschheitsideals.“

Deutscher Senfelder Bund, Mitgliedenschaft, Algenstraße 31 Dienstag, den 20. d. M., Abends (Restaurant Wid): Geschäftliche Mittheilungen. neuer Mitglieder.

Die General-Versammlung des Bezirksvereins für Plag findet morgen Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, in der Straße 9 und 10 (Urania) statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Kasienbericht, 3. Verschiedenes und 4. Zählreiches und pünktliches Erscheinen ist nothwendig. Louisenstädtischer Bezirksverein „Vorwärts“, am 21. Januar, Abends 8 Uhr, in Kommandantenstr. 68, General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes (Kassendbericht u. s. w.). 2. Bericht des Herrn Barsche. Thema: „Rouffeu“. 3. Diskussion der Vorstandswahl und Statutenänderung. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten. Es ist Pflicht eines jeden Mitglieds, sich zu äußern. Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorlegung des Quittungsbuches, sowie Jedem, der sich neu aufzunehmen will, gestattet.

Beizekassen der Redaktion. S. N. 2092. Wenn Sie vorher keine Vereinsbeiträge haben, so kommen die ortsüblichen Preise in Rechnung, die bei einer eo. Klage durch den Sachverständigen gestellt werden. A. S. 100. Wenden Sie sich an den Mann, dessen Blatt ist uns unbekannt. Geburtsfest. Sobald Sie entlassen sind, die Verbindlichkeit Ihrerseits auf. Sie haben also Ihre Karte verlangen. R. A. D. 136. Der Wirth ist im Unrecht, wenn Sache so verhält, wie Sie dieselbe darstellen. W. L. Teitow. Die Bestimmungen, die für Teitow gebend sind, kennen wir nicht. S. N. Waldheim in Sachsen. In Bezug auf die Ihnen angeregten Punkt sind nur die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen maßgebend. D. N. 23. Wenn es sich um die nothwendigsten Bedürfnisse handelt, ja. Was die Armenverwaltung anbelangt, müssen die Eltern ev. vergütet. A. S. N. 100. Bülowstraße. Das sind zwei verschiedene Pflanzensorten, die miteinander garmisch haben. Abonnent S. Sebastianstraße. 1. Januar. Wenn jemand zum Vorsitzenden gewählt ist, muß er, wohl das Vertrauen entgegenbringen, daß er gerade die Bestimmungen erfüllen in dieser Beziehung nicht. 2. fahren Sie in jeder Buchhandlung. 3. Soweit dieselben verboten sind in jeder Buchhandlung.

**Theater.**  
Königliches Opernhaus:  
Heute: Der fliegende Holländer.  
Königliches Schauspielhaus:  
Heute: Die Geier-Wally.  
Deutsches Theater:  
Heute: Der Weg zum Herzen.  
Sensational-Theater:  
Heute: Der Raub der Sabinerinnen, Schwank in 4 Akten von Franz und Paul Schönthan.  
Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:  
Heute: Gasparone.  
Central-Theater:  
Heute: Der Walzerkönig.  
Residenz-Theater:  
Heute: Die Ehestands-Invaliden.  
Balthasar-Operetten-Theater:  
Heute: Der Feldprediger.  
Königsstädtisches Theater:  
Heute: Papa Klebeduch.  
Odeon-Theater:  
Heute: Der Galerienflaue.  
Wallner-Theater:  
Heute: Klein Geld.  
Victoria-Theater:  
Heute: Sulfurina.  
Alhambra-Theater.  
Heute: Mutterlegen.  
Am 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal Mauerstraße Nr. 86, die Prüfung der Schüler des Fachvereins der Schneider im Zuschneiden statt, wozu die Mitglieder, sowie die Herren, welche Interesse daran haben, eingeladen werden.  
Der Vorstand. Reichert.

**Arb.-Bez.-Verein f. d. Osten Berlins.**  
Dienstag, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,  
**General-Versammlung**  
in Keller's Lokal, Andreasstr. 21.

Tagesordnung: 1. Rückblicke auf die Thätigkeit des Vereins. 2. Kasienbericht der Revisoren. 3. Wahl des Gesamt-Vorstandes. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten.  
Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Zur Ausübung der Kontrolle ist die Mitgliedskarte vorzuzeigen.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder gebeten.  
Der Vorstand.

**Fachverein der Tischler.**  
Mittwoch, den 21. Januar, Abends 8 einhalb Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28,  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Arbeitsvermittler pro IV. Quartal 1884. 2. Wahlen. 3. Bericht der Herbergs-Kommission und Vorlegung des statistischen Fragebogens. 4. Verschiedenes. 102 Der Vorstand.

**Arbeiter-Bezirksverein Glückauf.**  
Dienstag, den 20. d. M., Abends 8 Uhr,  
**Mitglieder-Versammlung**  
in den „Industriehallen“, Mariannenstraße 31—32.  
Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Dr. Toselowski über Japan. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. — Gäste sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
112 Der Vorstand

**Louisenstädt. Bezirksv. „Vorwärts“**  
Mittwoch, den 21. Januar, Abends 8 Uhr, in Kommandantenstr. 68,  
**General-Versammlung**  
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes (Kassendbericht u. s. w.). 2. Bericht des Herrn Barsche. Thema: „Rouffeu“. 3. Diskussion der Vorstandswahl und Statutenänderung. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten. Es ist Pflicht eines jeden Mitglieds, sich zu äußern. Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorlegung des Quittungsbuches, sowie Jedem, der sich neu aufzunehmen will, gestattet.  
104 Der Vorstand

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maler Berlins.**  
Dienstag, den 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstraße 10,  
**General-Versammlung**  
T. D.: Wahl eines Vorsitzenden. Verschiedenes.  
**Arb.-Bez.-V. Lausitzer**  
Mittwoch, den 21. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Kommandantenstr. 9 u. 10 (Urania),  
**General-Versammlung**  
Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Kasienbericht. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten.  
**Der gesetzl. Maximalarbeits**  
und seine Bedeutung für die Arbeiter.  
Von  
**Wilhelm Diefländer.**  
Preis 15 Bgr.  
Zu beziehen durch die Expedition des „Berl. Volksboten“  
Zimmerstraße 44.